

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

112 (15.5.1918)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Abgaben od. am Posthalter monatl. 1.10 M. 1/2 jährl. 3.30 M. Zugestellt durch unsere Träger 1.20 bzw. 3.60 M.; durch die Post 1.24 M. bzw. 3.72 M.; durch die Feldpost 1.25 M. bzw. 3.60 M. vorauszahlbar. Ausgabe: Verlag mittags. Geschäftszeit: 7-11 u. 2-4 1/2 abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die Spalt. Kolonelleile od. deren Raum 20 M. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 9 Uhr vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gief & Cie., Karlsruhe.

Zum dritten Male niedergestimmt.

* Karlsruhe, 15. Mai.

Nun hat die große preußische Tragikomödie ihren Gipfelpunkt erreicht. Mit demselben Stimmverhältnis wie bei der zweiten Lesung hat gestern das preußische Abgeordnetenhaus in der dritten Lesung das gleiche Wahlrecht niedergestimmt. Aber es tat noch ein Lebriges und machte die Tragödie zu einer Komödie: Es lehnte auch die Anträge auf Einführung eines Mehrstimmwahlrechts ab! Nun besteht in Preußen überhaupt kein Wahlrecht mehr! Dünkt sich dieses jämmerlichste Gebilde der Weltgeschichte für so erhaben, daß es niemand mehr die Ehre antun will, für sich einen Wahlzettel in die Urne werfen zu dürfen, oder will sich dieser groteske Widerspruch einer neuen, fortgeschrittenen Zeit auf groteske Art aus dem Leben schaffen, indem es etwa glaubt, die letzte Lächerlichkeit würde wirklich töten und ein weiteres Bemühen von Wählern sei deshalb überflüssig? Sei dem wie ihm sei: Das Haus hat sich wieder mal selber übertroffen, sein Abgang ist glänzend, glänzender als der irgend eines Zirkusflowns. Und das deutsche und preußische Volk darf sich, bevor es den letzten Ansturm auf die preußische Zunkerfesten unternimmt, noch einmal herzlich ausschütten vor Lachen.

Was nun? Die Berliner Zeitungsschreiber haben für den neuen Zustand bereits ein Wort gefunden, sie nennen diese Lücke im Wahlgesetz ein Vakuum, d. i. ein leerer Raum, ein Ausdrück, den man auch auf das ganze Haus anwenden kann. Und über die Ausfüllung dieses leeren Raumes soll nun weiter gehandelt werden. Die Regierung, das Zentrum, die Nationalliberalen, alles will einander entgegenkommen und an dem halbtoten Beschelb, den man gleiches Wahlrecht nennen will, weiter herumkurieren, herumdoctern, bis er vollends tot ist. Die Regierung, die im selben Atemzuge, in dem sie erklärte, die Ablehnung des gleichen Wahlrechts sei sozusagen nur die Exposition, das Drama folge dann erst nach, gleich hinzufügen, über eine Altersstimmte lasse sich reden, will es nun zunächst einmal mit dem Herrenhause versuchen. Man denke, man stelle sich vor: aus dem preußischen Herrenhause soll das preußische Volk das gleiche Wahlrecht empfangen! Ist dies nicht überwältigend grotesk? Wäre das nicht der größte Witz der Weltgeschichte? Aber dann, wenn auch dann das gleiche Wahlrecht nicht kommt, aus dem preußischen Herrenhause, dann will die Regierung auflösen. Ganz sicher und gewiß! Wenn will sie mit solchen Drohungen imponieren? So wenig sich unsere heutige aufgeklärte Jugend durch den Bauhaus oder den Schönsteinfeger noch ins Bockhorn jagen läßt, so wenig lassen sich die preußischen Junker und Großkapitalisten von dieser Regierung mit der Auflösungsdrohung in Angst jagen. Die haben in diesen Wahlrechtstagen ihre Regierung zur Genüge kennen gelernt und wissen, was sie von ihr zu halten haben. Sätze die Regierung mal die große Geste von Drei-Vitonsch nachgemacht und mit der Faust auf den Tisch geschlagen, hätte sie entschlossen ausgesprochen, daß sie das Haus unbedingt auflöse bei Ablehnung des gleichen Wahlrechts, da hätten die Gegner doch eingelenkt und sich ihre Abstimmlung überlegt. Allerdings von Herrn von Hertling, von dem man nicht sicher weiß, auf welcher Seite er sich finden würde, wenn er nicht Reichskanzler wäre, sondern als Zentrumsgesandter im Hause säße, die große Geste zu emulieren, das ist zu viel verlangt.

Das preußische Volk steht nun vor einem Vakuum. Wiederum ist ihm und den Klumpen draußen eine Enttäuschung bereitet worden. Die ungekrönten Könige Preußens haben über den gekrönten König gesiegt. Das Volk steht wiederum, daß es sich nur auf seine eigene Kraft verlassen darf, daß nicht einmal ein königliches Versprechen ein Verlaß ist. Man jorgt den heimkehrenden Krieger für Kleidung, schafft ihnen Wohnungen, gibt ihnen Arbeitsgelegenheit — aber das gleiche Recht als Staatsbürger, das verweigert man ihnen. Der Egoismus der Junker und der schwerindustriellen Geschäftsbejorger läßt das nicht zu. Wie diese mit ihren unheimlichen Annexionsforderungen den Feind zu immer neuem Widerstande anstacheln und dadurch den Krieg verlängern, so werden die feindlichen Staatsmännern auch aus dieser Ablehnung es gleichen Wahlrechts in Preußen erneut Kapital schlagen, werden erneut den Haß gegen Deutschland schüren und der Krieg wird immer noch kein Ende nehmen.

Aber auch diese Enttäuschung wird das preußische, das deutsche Volk nicht verzweifeln lassen. Es wird den Kampf weiterführen. Die Sozialdemokratie wird den Gewinn haben und sie wird auch weiterhin die Führerin im Kampfe um das gleiche Wahlrecht sein, von dem unser gefallener Führer Dr. Frank zu Beginn des Krieges einmal schrieb, er glaubte für das gleiche Wahlrecht einen Massenstreik machen zu müssen, nun aber mache man zu dessen Erreichung einen Weltkrieg. Auch diese geistige Entscheidung ist eine vorläufige, sie bedeutet für die Junker und ihre liberal-gentriimlichen Helfershelfer nur eine Galgenfrist. Sie mögen heute triumphieren, aber die Abrechnung des Volkes wird nicht ausbleiben, der heutige Sieg wird in eine baldige Niederlage verwandelt werden. Auch im europäischen Reiche der Mitte wird das Banner der Freiheit aufgewallt werden, trotz alledem und alledem.

Berlin, 14. Mai. (WVB. Nicht amtlich.) Das Abgeordnetenhaus setzte heute die dritte Beratung der Wahlrechtsvorlage fort und nahm zunächst Artikel 2 und 3 des Verfassungsgesetzes an. Zu Artikel 2, der u. a. Bestimmungen über einen Verständigungsausschuß aus Mitgliedern beider Häuser enthält, wurde ein Zentrumsantrag angenommen, der eine Majorisierung des Abgeordnetenhauses im Verständigungsausschuß und eine Beeinträchtigung seines Budgetrechts verhindern will. Hierauf wurde § 1 des Gesetzentwurfes für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus (Wahlberechtigung) un verändert angenommen. Zu § 2 (Ausschluß von der Wahlberechtigung) beantragte Bell (Zentr.) die Bestimmung zu streichen, daß der Ausschluß erfolgen soll wegen eines Verbrechens oder Vergehens, das die Abberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte zur Folge haben kann. Ferner soll nach dem Antrag gestrichen werden die Bestimmung, daß der Ausschluß wegen rückständiger Steuern erfolgen kann. Abg. Kries (Kons.) beantragt, daß der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte den Ausschluß von der Wahlberechtigung zur Folge haben solle.

Der Minister des Innern Dr. Drews erklärte das Einverständnis der Regierung, daß rückständige Steuern keinen Grund zum Ausschluß von der Wahlberechtigung bilden sollen.

Nach kurzer Debatte wird der Antrag Kries angenommen, der Zentrumsantrag abgelehnt. Im übrigen wird der § 2 angenommen.

Zu § 3 (Mehrstimmwahlrecht) liegen Anträge der Nationalliberalen und der fortschrittlichen Volkspartei vor auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage, welche das gleiche Wahlrecht vorsieht.

Abg. Dr. Porsch (Zentr.) erklärt: Der Teil meiner Freunde, der eine Stellung von dem Schicksal der Siderungsanträge abhängig machen wollte, wird heute für das gleiche Wahlrecht stimmen.

Nach Ausführungen der Abgg. v. Kardorff (bei seiner Partei), Girsch (Soz.), v. Dertzen (F. K.), Hoffmann (U. Soz.) und v. Gräfe (Kons.) folgt die Abstimmung über den Antrag auf Wiederherstellung des § 3 der Regierungsvorlage.

Die Abstimmungen.

WVB. Berlin, 14. Mai. Bei der dritten Lesung des Gesetzentwurfes betr. die Wahlen zum Abgeordnetenhaus wurden die Anträge auf Wiederherstellung des § 3 der Regierungsvorlage, der das gleiche Wahlrecht vorsieht, mit 236 gegen 185 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag Lohmann, nach dem zu der Grundstimmte unter gewissen Voraussetzungen zwei Zusatzstimmen gewährt werden können, wurde in namentlicher Abstimmung mit 338 gegen 73 Stimmen abgelehnt, ebenso der § 3 der Kommissionsbeschlüsse auf Einführung des Mehrstimmwahlrechts mit 22 gegen 191 bei vier Stimmenthaltungen.

Hierauf erklärte der Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Frieburg: Die Staatsregierung hält nach wie vor an dem gleichen Wahlrecht unerrückbar fest und ist entschlossen, zu seiner Durchführung alle verfassungsmäßigen Mittel zur Anwendung zu bringen. Sie ist jedoch ebenso der Auffassung, daß das Herrenhaus als gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung zu dieser für das ganze Staats- und Verfassungsleben grundlegenden Frage Stellung nehmen muß, zumal auch die Neuerung des Herrenhauses selbst einen wesentlichen Teil des geplanten Reformwerkes bildet. Demgemäß wird auch das Herrenhaus sich mit der Vorlage befassen. Sollte dies den geordneten Gang der Gesetzgebung entsprechende Verfahren entgegen der Erwartung der Staatsregierung innerhalb angemessener Frist nicht zur endgültigen Annahme des gleichen Wahlrechts führen, so wird die Auflösung des Hauses zu dem ersten Zeitpunkt erfolgen, zu dem dies nach pflichtmäßigem Ermessen der Staatsregierung mit der Kriegslage verträglich ist.

Das Abgeordnetenhaus hat in der Gesamtabstimmung die Wahlrechtsvorlage gegen die Stimmen der fortschrittlichen Volkspartei, der Polen und der Sozialdemokraten angenommen und sich darauf auf Dienstag, 4. Juni, vertagt. Am 5. Juni wird der Ministerrat zusammentreten, um darüber zu entscheiden, wann verfassungsmäßig die neue Lesung der Vorlage stattfinden wird.

Regierungseröffnungen.

Berlin, 14. Mai. (WVB. Nicht amtlich.) Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung bespricht den Abschluß der dritten Lesung des preußischen Wahlreformgesetzes. Sie verweist darauf, daß die Abstimmung gezeigt habe, daß die Balance der Gegner des gleichen Wahlrechts nicht mehr in der gleichen Geschlossenheit, wie in der zweiten Lesung bestehe, und führt aus, daß bei den Verhandlungen der Wunsch nach einer Verständigung in erheblichem Maße gezeigt habe. Im Anschluß an die Erklärung des Vizepräsidenten des Staatsministeriums bemerkt das Blatt sodann: Mit dieser Erklärung habe die Staatsregierung erneut den festen Entschluß bekundet, die Wahlreform gemäß dem Allerhöchsten Erlaß vom 11. Juni durchzuführen. Die Wichtigkeit ihres Standpunktes, daß dabei alle verfassungsmäßigen Mittel zu erschöpfen seien, habe gerade im Verlauf der gestrigen Sitzung erwiesen. Es werde

dem Herrenhaus nicht verwehrt werden dürfen, den Versuch der Herstellung einer geeigneten Basis zu machen. Das Mittel der Auflösung bleibe ungekürzt in der Hand der Regierung. Wenn in der Erklärung der Regierung von der Kriegslage die Rede sei, so sei damit lediglich der prägnanteste Ausdruck gewählt worden, wie dies in einer programmatischen Erklärung notwendig sei. Selbstverständlich sollten damit alle während des Krieges sich geltend machenden Momente gemeint sein, militärische, politische und wirtschaftliche, die für die Entschliebung der Staatsregierung maßgebend sein könnten. Daraus ergebe sich mit Notwendigkeit, daß die Wahl des Zeitpunktes für eine eventuelle Auflösung von der königlichen Staatsregierung unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Verhältnisse getroffen werden könne. Wenn die Regierung den von ihr gewählten Weg gehe, so gelte das mit vollem Bewußtsein, daß sie damit am besten dem Wohle des Landes und dem des Volkes diene. Wie die Dinge sich weiter entwickeln werden, liege heute noch im Dunkeln. Jedenfalls brauche auf die Hoffnung nicht verzichtet werden, daß aus dem Fortgange der Verhandlungen sich ein günstiges Resultat ergeben werde.

Unter der Herrschaft der Bolschewikis.

JK. In den Entente-Ländern erhalten sich die Gerüchte, daß eine monarchische Restauration in Rußland unmittelbar bevorstehe, und amerikanische Zeitungen haben sie bereits mit angeblichen deutschen Intrigen in Verbindung gebracht. Den dort weilenden Russen ist indessen darüber nichts Näheres bekannt, wohl aber bestritten sie nicht, daß in Petersburg ernste Bewegungen gegen die Bolschewikis im Gange seien. Angesichts der schwierigen Lage soll Lenin verurteilt haben, sich den Menschewikiführern Morozow und Axelrod zu nähern, sie hätten jedoch jede Mitarbeit abgelehnt.

Ein düsteres Bild von den Zuständen in Rußland entwirft Maxim Gorki in der „Nowaja Schisjn“; er schreibt: „Alle diejenigen, die das gegenwärtige Leben auf dem Lande beobachten, stimmen darin überein, daß die Demoralisierung und der Auflösungsprozeß unaufhaltsam weiter schreiten, nachdem die Bauern die Güter der Grundbesitzer ausgeplündert und alles Inventar unter sich geteilt oder einfach zerstört und die Gebäude niedergehauen haben, sind sie jetzt auf bestem Wege, gegeneinander loszugehen und sich aufeinander zu stürzen, um sich in den Besitz der großen Beute zu setzen. Dazu kommt noch der Schrecken des Hungers. Fortwährend erhalten wir Berichte darüber, daß die demoralisierten Soldaten sich militärisches Eigentum aneignen und alle möglichen Verbrechen begehen. Ungeheuerliche Gerüchte zirkulieren über die aus Kleinasien zurückgeführten Soldaten. Diese scheinen eine große Anzahl Sklavinnen aus der Krim mit sich gebracht zu haben. In Feodosia soll ein Sklavenmarkt gehalten werden, und der Preis für eine Sklavin schwankt zwischen 25 und 150 Rubel. Soldaten der revolutionären Armee verschandern öffentlich Sklavinnen wie die Sklavenhalter aus der Zeit der Frau Harriet Beecher-Stowe. In Sebastopol hat die revolutionäre Garnison einen wirklich entscheidenden Kampf gegen das Bürgertum unternommen; sie beschloß einfach, sämtliche Bourgeois niederzufällen, deren man habhaft werden konnte. Gesagt — getan: die Einwohner zweier bürgerlichen Straßen in Sebastopol wurden niedergemetzelt. Trotz des Widerstands des örtlichen Sowjets wurde Ähnliches auch in Simferopol verübt. Man wird diese graufigen Geschichten nur mit Vorbehalt hinnehmen können. Auch „Nowaja Schisjn“ gibt zweifellos nur Gerüchte wieder.“

Deutscher Tagesbericht.

WVB. Großes Hauptquartier, 14. Mai. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz. An den Kampfzonen ließ die in den frühen Morgenstunden gesteigerte Feuerstärke im Verlaufe des Vormittags nach. Am Abend lebte sie wieder vielfach auf. Nach heftiger Feuerwirkung nördlich vom Do Passée-Kanal veruchten die Engländer am Abend starke Teilangriffe gegen unsere Stellungen nördlich und südlich von Givendy. Sie wurden verlustreich zurückgeschlagen. Die Erkundungstätigkeit blieb reg. Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Deutscher Abendbericht.

WVB. Berlin, 14. Mai, abends. (Nicht amtlich.) Erfolgreiche örtliche Vorstöße in die englischen Linien auf dem Nordufer der Somme, an der Straße Bray-Corbic. Heftige Gegenangriffe des Feindes scheiterten. Sonst nichts Neues.

Bulgarischer Bericht.

Sofia, 12. Mai. (WVB. Nicht amtlich.) Generalstabbericht. Mazedonische Front: An mehreren Stellen in Cernabogen und auf dem Dobropolje war das feindliche Artilleriefeuer lebhafter. In der Moglena-Gegend wurden ferbische Sturmabteilungen, die gegen unsere Stellungen nach Artillerievorbereitung vorgingen, durch Feuer verjagt. Bei Zuma und südlich von Gewahesi war das bei-

Vertical text on the left margin, including 't!', '3482', '50', '2.50', '6.50', '4.00', '9.50', 'Fabrik', 'Drehkran', 'Stauf und Pump', 'Fabrik', 'Lücher', 'Karlsruhe', 'Wachner', 'Elsa Cerna', 'midl. No. 4'.

berseitige Artilleriefeuer zeitweilig lebhafter. Zwischen Bar-
dar und Doiran erhöhte sich die Kampfaktivität. Nach heftiger
Artillerievorbereitung verjagten mehrere englische Kom-
panien sich zwei Mal unteren Gräben südlich vom Doiran zu-
nähern, wurden jedoch beide Male durch Feuer zurückge-
schlagen, bevor sie unsere Hindernisse erreichten. Sie er-
litten schwere Verluste. Nördlich von Tabinu zerstreuten
wir durch Feuer feindliche Infanterie- und Kavallerieabtei-
lungen. Im Warbar- und Strumatale lebhaftes Fliegertätig-
keit auf der Feindeseite.

Die Verluste der Italiener in den Isonzschlachten.
Wien, 14. Mai. (W. B. Nicht amtlich.) Meldung des
Wiener k. u. k. Tel.-Carr.-Bür. Den Wätern zufolge haben
nach einer sorgfältigen Schätzung der maßgebenden Stellen die
italienischen Armeen in 11 Isonzschlachten 270000
Tote, 230000 invalid Gewordene und 134000 Gefangene
verloren, das sind insgesamt 634000 Mann Dauer-
verluste. Dazu kommen noch 1200000 Verwundete, die
wieder in die Front einrückten konnten.

Während unserer Herbstoffensive 1917 hatten die Italiener
800 Offiziere, 36000 Mann Tote, 3200 Offiziere und 120000
Mann Verwundete, 10000 Offiziere und 285000 Mann Ge-
fangene verloren. Die Gesamtverluste des Feindes seit Be-
ginn des Krieges beträgt rund 2250000 Menschen. An
Kriegsgerät wurde bis Ende März von uns 2000 Geschütze ge-
borgten, davon die Hälfte von über 102 Zentimeter-Kaliber,
3000 Maschinengewehre, 150000 Infanteriegewehre mit 52
Millionen Patronen, 400 Minenwerfer, 1 Million Handgra-
naten und 1 1/2 Millionen Artilleriegeschosse. Das Gesamt-
gewicht der sonstigen Beute beträgt 4531 Wagonladungen zu
10000 Kilogramm. Einen großen Teil davon bilden Auto-
mobile, Train, Telegraph, Telefon und sonstige technische
Mittel, Monturen, Ausrüstungsgegenstände, sowie Flugzeuge.
Durch unsere Herbstoffensive wurde bei Beginn des Krieges
von uns freiwillig aufgegebenes Gelände im Ausmaß von
2240 Quadratkilometer nicht nur vollständig wieder gewonnen,
sondern dazu noch rund 12000 Quadratkilometer
italienisches Gebiet erobert.

Bulgarien bleibt fest.
Sofia, 12. Mai. (Meldung der Bulg. Tel.-Ag.) Gene-
ralissimo Zekoff hat in einem Interview folgende Er-
klärungen abgegeben: Die Lage an unserer Südfont
ist sehr zufriedenstellend. In diesem Augenblick, wo sich Grie-
chenland mit uns im Kriegszustand befindet und wo die ganze
griechische Armee an den Kämpfen gegen unsere Truppen
teilnimmt, versuchen gewisse Politiker und gewisse griechische
Blätter vergeblich zu beweisen, daß Griechenland in zwei La-
ger geteilt ist, in dasjenige Benizelos und in das des früheren
Königs Konstantin, von dem Konstantin beiseit, aus dieser duali-
stischen Politik Vorteil zu ziehen.

Wir kennen die Kriegslisten der griechischen Treulosigkeit
und wir können offen sagen, daß die griechischen Rüste niemand
täuschen oder verwirren werden. Der schon laienhafte bulga-
rische Soldat bleibt fest auf seinem Posten und wir wissen
alle, wessen er fähig ist. Was er ausgeführt hat, ist über jedes
Lob erhaben und bildet die sichere Gewähr, daß die bulgarische
Erde in ihrem Schoß alle ihre Kinder aufnehmen wird, die
in einer mehr oder minder weiten Vergangenheit unter frem-
dem Joch lebten.

Neue Verrentungen.

W. B. Bern, 14. Mai. (Nicht amtlich.) Der „Corriere
della Sera“ bestätigt die Verrentung des italienischen Begleit-
schiffes „Sterope“, das Ende März von einem nordameri-
kanischen Hafen nach Gibraltar ausgelaufen war. „Sterope“
wurde am Morgen des 7. April durch ein großes U-Boot an-
gegriffen und unterlag nach tapferer dreistündiger Gegenwehr.
Es verlor im Kampfe zahlreiche Mannschaften. 51 Ueber-
lebende wurden am 12. April 85 Meilen von Lissabon
entfernt durch einen dänischen Segler, 7 andere Schiffbrüchige
am 15. Apr. durch den Dampfer „Gart“ aufgenommen.

W. B. Stockholm, 14. Mai. (Nicht amtlich.) Laut „Stoch-
holms Tidningen“ ist der schwedische Dampfer „Gothia“
aus Norrköping mit 1844 Tonnen auf der Fahrt von
Sull nach Wlath verrent worden.

Ein neuer Roman.

Es bildet einen von Sachkundigen öfters gerühmten Vor-
zug der sozialdemokratischen Presse, daß sie ihrer Leserchaft an
Ergänzungsliteratur immer einen gebieterischen Stoff zu bieten
sucht. Während die bürgerlichen Blätter im allgemeinen ihren
Ehrgeiz darin setzen, möglichst mit modernen Originalromanen
aufzuwarten, deren Wert in sehr vielen Fällen nicht an-
ders als fragwürdig sein kann, ziehen wir vor, unseren schön-
geistigen Lesern und Leserinnen ab und zu ein älteres, be-
reits anerkanntes Meisterwerk der Weltliteratur zu bringen,
von dem wir annehmen dürfen, daß es der Mehrzahl unserer
Bezieher noch nicht bekannt ist. In Durchführung dieses
Grundgedankes beginnen wir heute mit dem Abdruck des be-
rühmten Romans „Taras Bulba, der Kosakenhe-
man“ von Nikolaus Gogol. Der Name Gogol besitzt
in der russischen Literatur einen guten Klang als eines Sa-
tirikers, dem kein Volk etwas Gleichwertiges an die Seite zu
setzen hat. Seine Hauptwerke sind neben dem eben genann-
ten geschichtlichen Roman das breit angelegte humoristisch-sa-
tirische Zeitgemälde „Die toten Seelen“, bei uns häufiger
unter dem Titel „Schischikoffs Irrfahrten“
bekannt, sowie die noch berühmter gewordene bissige Komödie
„Der Revisor“, das beste Lustspiel des russischen Schrift-
tums überhaupt.

Mit seinem „Taras Bulba“ versteht uns Gogol in ein
durch den Weltkrieg besonders aktuell gewordenes Gebiet
Europas, die Ukraine. Da das ukrainische Volk das erste war,
das aus dem Ring unserer Wideracher heraustrat und uns
die Hand zum Frieden reichte, dürfen wir bei unsern Lesern
nicht nur eine gewisse Sympathie, sondern auch ein weiter-
gehendes Interesse für diesen neuen und hoffentlich bald enger
betroffenen Staat voraussetzen. Die Handlung des „Taras
Bulba“ fällt ins 15. Jahrhundert. Wir lernen das eigen-
artige Leben der Kosakenvölker, insbesondere der sogenannten
Saporoger Kosaken kennen, die am Unterlauf des Dnjepr
hinter den Stromschnellen (sa porog) haufen. Wir lernen
sie schäfer als einen starken Ball der Zivilisation Europas
gegen das vordringende Mongolen- und Tatarentum. Wir

Badischer Landtag.

Zweite Kammer. — 47. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, 14. Mai.

Kurz nach 1/2 Uhr eröffnete Präsident Kayf die Sitzung.
Es lag eine Reihe neuer geschäftlicher Eingänge vor.

Die staatliche Verbürgung zweiter Hypotheken.

Im Auftrag des Ausschusses für Justiz und Verwaltung be-
richtete Abg. Dr. Koch (Nat.) über den Gesekentwurf be-
treffend die staatliche Verbürgung zweiter Hypotheken, zur För-
derung des Baues von Kleinwohnungen (Bürgerschaftsgesek), sowie
über den Antrag der Abgg. Murer (F. V.) und Gen. betr. die
Gewährung von Darlehen zum Kleinwohnungsbaue und über die
Petition des Bad. Eisenbahnerverbandes um Förderung des
Kleinwohnungsbaues für das untere Beamtenpersonal. In seinen
Darlegungen wies der Berichterstatter darauf hin, wie sich schon
jetzt ein Kleinwohnungsmangel bemerkbar mache, der sich
nach dem Kriege noch verschärfte. Die Gr. Regierung habe
durch die Einbringung des sog. Bürgerschaftsicherungsgesekes einen
entscheidenden Schritt in der Anerkennung des Grundfaktes ge-
tan, daß der Staat verpflichtet sei, auch über den Kreis der
Staatsbeamten und Staatsangestellten hinaus zugunsten der ge-
samten Bevölkerung den Bau von Kleinwohnungen zu fördern
und mit eigenen Mitteln zu unterstützen, während er dies als
Aufgabe der Beteiligten und der Gemeinden aufstufte. Der Justiz-
ausschuß hat dem Gesekentwurf zugestimmt und empfiehlt ihn
dem Hause mit einigen kleinen Änderungen zur Annahme. Eine
dieser Änderungen besteht darin, daß die Gesamthöhe der zu
übernehmenden Bürgschaften das Fünftel der jeweils ver-
fügbaren Bürgschaftssicherungen nicht übersteigen darf. (Im Re-
gierungsentwurf war von dem Fünftel der Bürgschafts-
sicherungen die Rede. Zur Deckung der dem Staate aus den Bürg-
schaftsverträgen erwachsenden Verbindlichkeiten wird ein Betrag
von 500000 M. zur Verfügung gestellt.)

Abg. Odenwald (F. V.) begründet den Antrag seiner Fra-
tion und hebt hervor, daß mit dem Gesek ein gewaltiger Fort-
schritt auf sozialem Gebiet gemacht wird. Zu wünschen sei, daß
für Bauhelfer, die zum gemeinnützigen Wohnungsbau bestimmt
sind, ein fester Preis festgesetzt werde und diese Helfer der Ver-
teuerung entzogen werden.

Abg. Bernauer (Zentr.) begrüßt gleichfalls das Gesek und
stimmt der Forderung, daß die Hypothekensicherung nicht nur für
zweite Hypotheken (wie das der Gesekentwurf vorsch) eintritt,
sondern auf alle Hypotheken Anwendung findet unter Berücksich-
tigung der wirtschaftlichen Stellung, welche die Hypothek ein-
nimmt, zu.

Abg. Schön (Nat.) führt aus, daß mit dem Gesekentwurf
nur eine Teilarbeit auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge er-
folge. Vordringender wäre es, wenn die Regierung die Gemein-
nutzigen Bauvereinigungen finanziell unterstützen würde.

Abg. Wätger (Soz.): Mit der Bürgschaftsübernahme allein
ist es nicht getan. Wir brauchen auch Baugelände und daran
fehlt es. Gerade die Domäne könnte den Baugemeinschaften Ge-
lände überlassen.

Nach weiteren zustimmenden Äußerungen der Abgg.
Schäffle (F. V.), Mast (Zentr.) und Nehm (Nat.) betont
Staatsminister von Bohman: Mit diesem Gesekentwurf,
der erstensweise ihre Zustimmung gefunden hat, haben wir
einen weiteren Schritt auf dem Wege der Lösung der Wohnungs-
frage getan. Durch den Bad. Landeswohnungsverein und den
Bad. Baubund, durch die Arbeiterkolonien der Eisenbahn haben
wir schon praktische Arbeit auf diesem Gebiet getan und tun das
heute durch den Gesekentwurf, mit dem der Bad. Staat ein Wagnis
von 7 1/2 Millionen übernimmt. Die schmerzlichen Kriegs-
verluste werden übrigens nach meiner Ansicht eine Minderung
des Wohnungsbedürfnisses nicht herbeiführen; der Ausfall von
Neubauten während fast vier Jahren, in denen fast nicht gebaut
wurde ist, wird sich bemerkbar machen. Trotzdem werden wir uns
nicht in eine Panik wegen einer bevorstehenden Wohnungsnot ver-
setzen dürfen. Die Erde dieses Monats im ganzen Lande stattfin-
dende Wohnungszählung wird volle Klarheit schaffen.

Abg. Odenwald (F. V.) stellt fest, daß mit dem Gesekentwurf
der Antrag seiner Fraktion erledigt ist. — Hierauf wird
das Gesek einstimmig angenommen. Der Antrag Murer
und die Petition des Eisenbahnerverbandes wurden für erledigt
erklärt.

Taras Bulba.

Von Nikolaus Gogol.

Erstes Kapitel.

Dreh dich mal um, Jungel! Siehst du aber komisch aus!
Was tragt ihr denn da für Talare? Geht ihr auf der Akademie
alle so angezogen?

Mit diesen Worten begrüßte der alte Bulba seine beiden
Söhne, die im Seminar von Kiew studiert hatten und nun in
das väterliche Haus zurückkamen.

Die jungen Leute waren eben vom Pferde gestiegen. Das
waren zwei derbe Burischen, ernst und mißtrauisch drein-
schauend wie alle, die das Seminar erst eben verlassen haben.
Auf ihren frischen, wetterfichten Gesichtern leuchtete schon der
erste Flaum, den noch kein Rasiermesser berührt hatte. Sie
waren ganz verblüfft über den Empfang, den ihr Vater ihnen
bereitet hatte, und standen mit unbeweglich zur Erde gesenkten
Augen da.

„Halt, so laßt euch doch erit mal gründlich ansehen.“ fuhr
er fort, indem er sie hin- und herhob und sie von allen Seiten
betrachtete.

erhalten interessante und nicht unzeitgemäße Aufschlüsse über
siegende Gegenseite zu Polen. Auch die besondere Stellung
des unterdrückten Judentums in jenen Gegenden, seine zähe
Lebenskraft trotz blutiger Verfolgungen wird uns vor Augen
geführt. Glänzend geschilderte Schlachtenmienen beweisen das
starke Erzähleralent Gogols, der auch im Kolorit jener alten,
rauhem Zeit das Nüchtern getrossen haben mag, wie er über-
haupt als Haupt der sogenannten „natürlichen Schule“ in der
Darstellung sich eines lässlichen Realismus befleißigt. Beson-
ders Interesse erweckt der Umstand, daß ein Teil der Er-
zählung sich vor den Mauern der Festung Dubno abwickelt,
die auch in diesem Kriege eine Rolle gespielt hat. Die viel-
fachen Vorzüge dieses Meisterwerkes berechtigen uns zu der
Annahme, daß wir auch mit diesem etwas fremdartigen Stoff
unsern Lesern und besonders unsern Leserinnen etwas bieten,
das allgemeine Billigung findet.

„Herrgott, habt ihr lange Mittel an! So etwas gibt es
ja gar nicht wieder! Lauft doch mal ein bißchen herum. Ich
will doch mal sehen, ob ihr nicht über eure eigenen Rockschöße
stolpert und hinfallt.“

„Vater, hör doch auf und laß die Scherz.“ sagte endlich der
Jüngere.

„So ein stolzer Burische! Und warum soll man denn nicht
einmal lachen können?“

„Weil es mir nicht gefällt. Du bist zwar mein Vater,
aber wenn du dich über mich lustig machst — bei Gott, so
prügele ich dich durch!“

„Na, du bist ja ein netter Sohn! Was sagst du? Mich
verprügeln?“ rief Taras Bulba und trat vor Erstaunen einige
Schritte zurück.

„Zawohl, wenn es sein muß, prügele ich auch den eigenen
Vater durch. Ich lasse mich von niemandem beleidigen, von
niemandem!“

„Und wie willst du dich mit mir schlagen? Welche Waffe
wünschst du? Etwa die Faust?“

„Das ist mir völlig gleichgültig.“

„Na, dann meinemegen los.“ sagte Bulba und streifte
seine Kermel auf. „Ich will doch mal sehen, ob du im Faust-
kampf deinen Mann stellen kannst.“

Und statt sich nach so langer Trennung herzlich zu begrü-
ßen und zu plaudern, begannen Vater und Sohn aufeinander
loszuschlagen, daß es nur so von Rippenstößen und Faustschlä-
gen auf Leib und Brust und Bauch hagelte. Bald traten sie
zurück und blickten sich an, bald gingen sie wieder aufeinander
los.

„Seht euch das nur mit an, liebe Leute, der Alte ist ganz
verriekt geworden, ganz und gar verriekt.“ sagte die blasse,
magere, gute Mutter, die auf der Schwelle stand und noch
nicht dazu gekommen war, ihre teuren Sprößlinge zu um-
armen. „Eben sind die Kinder nach Hause gekommen, man
hat sie über ein Jahr nicht gesehen; ihm aber rappelts und
er beginnt mit Häufen auf sie einzuschlagen.“

„Ja, der bricht wundertoll.“ sagte Bulba und trat zurück.
„Gott, das hat er sein raus.“ fuhr er fort, indem er sich

**Beratung der Regierungsbekanntmachung über wirtschaftliche
Kriegsmaßnahmen.**

Auf Vorschlag des Ausschusses der Vertrauensmänner soll
von jeder Fraktion ein Redner unbezahlt sprechen können und
alle weiteren Redner 10 Minuten Redezeit erhalten. Die Mehr-
zahl der Mitglieder des Hauses ist damit einverstanden.

Am Auftrage des Ausschusses für Ernährungsfragen berich-
tet Abg. Herle (F. V.) über den ersten Abschnitt der Denkschrift
betr. die beamtentechnischen Maßnahmen und dankt der Regie-
rung, daß sie es verstanden hat, ein gutes Verhältnis zwischen
Beamtenchaft und Regierung zu schaffen.

Abg. Weiskopf (Zentr.) erbat Bericht über Land- und
Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei, Redner begrüßt es u. a., daß
die Petroleumabgabe auf dem Lande sich gebessert hat. Der Be-
richterstatter betonte auch, daß sich das Gesek zur Verhinderung
der Gütergeräumung besonders im Seekreis bewährt habe.
In der Schuh- und Lederberufung sollte man der Landwirtschaft
entgegenkommen. Der Ausschuß für Ernährungsfragen zeigte
sich befriedigt von den Maßnahmen des Ministeriums des Innern,
wie der Forst- und Domänenverwaltung, welche auf landw. Gebiet
getroffen worden sind.

Abg. Engelhard (Zentr.) begründete im Anschluß hieran
seinen Antrag über die Bekämpfung der Rebkrankheiten, der durch
die Maßnahmen der Regierung erledigt ist, desgleichen Abg.
Fischer (F. V.) seinen Antrag über die Ueberlassung er-
holungsbedürftiger Pferde an landwirtschaftliche Betriebe. Dieser
Antrag hatte im Ausschuß einstimmig Annahme gefunden.

Hier wurde um 1/2 Uhr die Beratung abgebrochen und die
Weiterberatung der Regierungsbekanntmachung auf Mittwoch vormit-
tag 9 Uhr vertagt.

Die Vorgänge auf Station Appenweier. In der gestrigen
Sitzung der Zweiten Kammer wurde von den Abgg. Reßmann
(Nat.) und Gen. eine kurze Anfrage über die Vorgänge auf dem
Bahnhof Appenweier eingebracht, in welcher die bad. Regierung
gefragt wird, ob ihr bekannt sei, daß dort zu wiederholten Malen
die Wirtschaft 1. und 2. Klasse für französische und englische Of-
fiziere vorbehalten und deutschen Offizieren und Mannschaften
der Zugang verweigert wurde und was sie zu tun gedenke, um
einem solchen Zustande, der in weitesten Kreisen Verstimmlung her-
beibrufe, Abhilfe zu schaffen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 14. Mai.

Am Bundestag: Staatssekretär Krause.
Vizepräsident Dr. Paasche eröffnet die Sitzung um 2.15 Uhr.
Zunächst werden Anfragen erledigt.

Abg. Rupp (Kons.) fragt wegen zahlreicher Verstrafung wegen
Nichtablieferung von Hütern durch die Hüterhalter.

Unterstaatssekretär Dr. Müller: Die Verlieferung ist Sache
der Landesbehörden und nicht der Reichsbehörden. Zwangsmah-
nahmen sind zulässig und rechtmäßig.

Auf eine weitere Anfrage des Abg. Rupp (Kons.) über Ur-
laubverweigerung an Soldaten, deren Angehörige wegen Nicht-
ablieferung von Eiern bestraft wurden, erklärt

Unterstaatssekretär Dr. Müller: Das ist mir nicht bekannt.

Abg. Hst-Ehlingen (Nat.) fragt wegen frühzeitiger und
reichlicher Verlieferung deutscher Städte während der künftigen
Winterzeit mit Hausbrandkohle für den kommenden
Winter.

Direktor im Reichswirtschaftsamt Müller: Es ist im Sinne
des Antrages Sorge getragen. Der Reichskommissar für die Koh-
lenverteilung hat für die Monate Mai bis September d. J. Ver-
lieferung von Hausbrandkohle in gleicher Höhe vorgesehen, als das
Soll während der Wintermonate beträgt. Bei besonders schwer
zu versorgenden Bezirken sind die Kontingente für den Sommer
erhöht worden.

Abg. Welser (Zentr.) fragt nach Maßnahmen, damit die Mit-
abnehmer erst zu Ende der Gewitterzeit und erst, wenn Ertrag vor-
handen ist, abgenommen werden dürfen.

Hauptmann v. Specht: Seit längerer Zeit ist die Anordnung
getroffen worden, daß kupferne Mitabnehmer abgenommen werden
dürfen, wenn die einen vollwertigen Ertrag darstellenden eisernen
Mitabnehmer zur Stelle sind und gegen das Kupfermaterial aus-
gewechselt werden können.

„Vater, hör doch auf und laß die Scherz.“ sagte endlich der
Jüngere.

„So ein stolzer Burische! Und warum soll man denn nicht
einmal lachen können?“

„Weil es mir nicht gefällt. Du bist zwar mein Vater,
aber wenn du dich über mich lustig machst — bei Gott, so
prügele ich dich durch!“

„Na, du bist ja ein netter Sohn! Was sagst du? Mich
verprügeln?“ rief Taras Bulba und trat vor Erstaunen einige
Schritte zurück.

„Zawohl, wenn es sein muß, prügele ich auch den eigenen
Vater durch. Ich lasse mich von niemandem beleidigen, von
niemandem!“

„Und wie willst du dich mit mir schlagen? Welche Waffe
wünschst du? Etwa die Faust?“

„Das ist mir völlig gleichgültig.“

„Na, dann meinemegen los.“ sagte Bulba und streifte
seine Kermel auf. „Ich will doch mal sehen, ob du im Faust-
kampf deinen Mann stellen kannst.“

Und statt sich nach so langer Trennung herzlich zu begrü-
ßen und zu plaudern, begannen Vater und Sohn aufeinander
loszuschlagen, daß es nur so von Rippenstößen und Faustschlä-
gen auf Leib und Brust und Bauch hagelte. Bald traten sie
zurück und blickten sich an, bald gingen sie wieder aufeinander
los.

„Seht euch das nur mit an, liebe Leute, der Alte ist ganz
verriekt geworden, ganz und gar verriekt.“ sagte die blasse,
magere, gute Mutter, die auf der Schwelle stand und noch
nicht dazu gekommen war, ihre teuren Sprößlinge zu um-
armen. „Eben sind die Kinder nach Hause gekommen, man
hat sie über ein Jahr nicht gesehen; ihm aber rappelts und
er beginnt mit Häufen auf sie einzuschlagen.“

„Ja, der bricht wundertoll.“ sagte Bulba und trat zurück.
„Gott, das hat er sein raus.“ fuhr er fort, indem er sich

Hierauf
stigmatis
Abg. P
Partei auf
rechtsanwal
Ausgehälte
Rechtsanwä
nen zu for
ungen Ri
itten wir
anwaltsfah
einen Geis
wichtiger Fo
unabhängig
Abg. B
es mit sich
die sie nicht
kenntnis der
rechtsstrafen
Die vielen
schritten müß
festigt werde
reben.

Abg. S
zialen Anwo
solle auf 10
die Gerichte
zu fügen hat
im Zinteress
Reichstag ist
Reichstagsab
hen oder ih
klassenjustiz
Das Weistrel
des Volkes
bestraft. (W
tittet, die K
Standall A
Ordnung.)
teilen gegen
den Spruch
Anbauernde
Staatsse
Inagel Ruhe
eine Verstra
zu unparlan
objektiv. S
et. Das ge
an Kunststü
we unerm
für solche U
(Wabot) I
ingendwie te
gehen mit de
und Kontriv
keist jede
festweise wir
hell finden
trums über
ich mich nur
lung von U
lani ich ein
tilden ein C
des Krieges.
kräften stehe

Deutscher Reichstag.

Berlin, 14. Mai.

Am Bundestag: Staatssekretär Krause.
Vizepräsident Dr. Paasche eröffnet die Sitzung um 2.15 Uhr.
Zunächst werden Anfragen erledigt.

Abg. Rupp (Kons.) fragt wegen zahlreicher Verstrafung wegen
Nichtablieferung von Hütern durch die Hüterhalter.

Unterstaatssekretär Dr. Müller: Die Verlieferung ist Sache
der Landesbehörden und nicht der Reichsbehörden. Zwangsmah-
nahmen sind zulässig und rechtmäßig.

Auf eine weitere Anfrage des Abg. Rupp (Kons.) über Ur-
laubverweigerung an Soldaten, deren Angehörige wegen Nicht-
ablieferung von Eiern bestraft wurden, erklärt

Unterstaatssekretär Dr. Müller: Das ist mir nicht bekannt.

Abg. Hst-Ehlingen (Nat.) fragt wegen frühzeitiger und
reichlicher Verlieferung deutscher Städte während der künftigen
Winterzeit mit Hausbrandkohle für den kommenden
Winter.

Direktor im Reichswirtschaftsamt Müller: Es ist im Sinne
des Antrages Sorge getragen. Der Reichskommissar für die Koh-
lenverteilung hat für die Monate Mai bis September d. J. Ver-
lieferung von Hausbrandkohle in gleicher Höhe vorgesehen, als das
Soll während der Wintermonate beträgt. Bei besonders schwer
zu versorgenden Bezirken sind die Kontingente für den Sommer
erhöht worden.

Abg. Welser (Zentr.) fragt nach Maßnahmen, damit die Mit-
abnehmer erst zu Ende der Gewitterzeit und erst, wenn Ertrag vor-
handen ist, abgenommen werden dürfen.

Hauptmann v. Specht: Seit längerer Zeit ist die Anordnung
getroffen worden, daß kupferne Mitabnehmer abgenommen werden
dürfen, wenn die einen vollwertigen Ertrag darstellenden eisernen
Mitabnehmer zur Stelle sind und gegen das Kupfermaterial aus-
gewechselt werden können.

„Vater, hör doch auf und laß die Scherz.“ sagte endlich der
Jüngere.

„So ein stolzer Burische! Und warum soll man denn nicht
einmal lachen können?“

„Weil es mir nicht gefällt. Du bist zwar mein Vater,
aber wenn du dich über mich lustig machst — bei Gott, so
prügele ich dich durch!“

„Na, du bist ja ein netter Sohn! Was sagst du? Mich
verprügeln?“ rief Taras Bulba und trat vor Erstaunen einige
Schritte zurück.

„Zawohl, wenn es sein muß, prügele ich auch den eigenen
Vater durch. Ich lasse mich von niemandem beleidigen, von
niemandem!“

„Und wie willst du dich mit mir schlagen? Welche Waffe
wünschst du? Etwa die Faust?“

„Das ist mir völlig gleichgültig.“

„Na, dann meinemegen los.“ sagte Bulba und streifte
seine Kermel auf. „Ich will doch mal sehen, ob du im Faust-
kampf deinen Mann stellen kannst.“

Und statt sich nach so langer Trennung herzlich zu begrü-
ßen und zu plaudern, begannen Vater und Sohn aufeinander
loszuschlagen, daß es nur so von Rippenstößen und Faustschlä-
gen auf Leib und Brust und Bauch hagelte. Bald traten sie
zurück und blickten sich an, bald gingen sie wieder aufeinander
los.

„Seht euch das nur mit an, liebe Leute, der Alte ist ganz
verriekt geworden, ganz und gar verriekt.“ sagte die blasse,
magere, gute Mutter, die auf der Schwelle stand und noch
nicht dazu gekommen war, ihre teuren Sprößlinge zu um-
armen. „Eben sind die Kinder nach Hause gekommen, man
hat sie über ein Jahr nicht gesehen; ihm aber rappelts und
er beginnt mit Häufen auf sie einzuschlagen.“

„Ja, der bricht wundertoll.“ sagte Bulba und trat zurück.
„Gott, das hat er sein raus.“ fuhr er fort, indem er sich

Hierauf wird die zweite Lesung des Haushalts des Reichsjustizamtes fortgesetzt.

Abg. Pfleger (Zentr.) begründet eine Entschließung seiner Partei auf Schaffung einer sozialen Organisation der deutschen Rechtsanwaltschaft zu dem Zwecke, eine Krankenkasse zu bilden, Ausgehälter zu gewähren, sowie für die Hinterbliebenen deutscher Rechtsanwälte einschließlich der seit dem 1. August 1914 Verstorbenen zu sorgen.

Abg. Behrens (D. Fr.): Die Verhältnisse des Krieges haben es mit sich gebracht, daß viele wegen Straftaten bestraft wurden, die sie nicht als solche anerkennen, z. B. wenn eine Frau in Unkenntnis der Verhältnisse einen Bezugsschein fälscht.

Abg. Herzfeld (U. Soz.): Wir stehen dem Gedanken der sozialen Anwalterversicherung sympatisch gegenüber. Das Strafalter sollte auf 16 Jahre hinaufgehoben werden. Unhaltbar ist es, daß die Gerichte sich den Anordnungen der militärischen Befehlshaber zu fügen haben.

Staatssekretär Dr. v. Krause: (Rufe: Ruhe! Volkshewill!) Es ist bezeichnend, daß es genügt, einzelne Bestimmungen aufzuführen, um Sie zu den unabh. Soz. zu unparlamentarischen Ausdrücken hinzuzuführen.

Abg. Landsberg (Soz.): Dem Grundgedanken der Entschließung des Zentrums stimmen wir zu, wünschen aber eine andere Fassung. Wir freuen uns, daß der Staatssekretär sich namentlich im Jugendrecht von jedem engherzigen Standpunkt freimacht.

etwas verschmaltete, „es wäre beinahe besser gewesen, ihn nicht erst in Verlockung zu bringen. Das gibt mal einen prachtvollen Kofaken. Ausgezeichnet, mein Junge, und jetzt wollen wir uns endlich ein paar ordentliche Klöße geben.“

„Na, du bist mir der Rechte, das sehe ich schon.“ sagte die Mutter und warnte den Jüngeren. „Wie einem nur so etwas in den Kopf kommen kann! Das eigene Kind soll seinen Vater prügeln! Ja, als ob jetzt Zeit dazu wäre, wo das arme Kind eben einen so weiten Weg zurückgelegt hat und noch ganz müde ist — (das Kind war über zwanzig Jahre alt und genau einen Kofaker groß). — Es müßte sich jetzt ausruhen und etwas essen. Und du zwingst ihn, sich mit dir herumzuschlagen.“

„Na, du bist mir der Rechte, das sehe ich schon.“ sagte Bulba. „Höre nicht auf ihre Reden, mein Junge, sie ist ein Weib und versteht nichts davon. Solch eine Verzärtelung! Das weite Feld und ein gutes Pferd — das ist eure Erholung! Kommt, jetzt ihr diesen Säbel? Das ist eure rechte Mutter! Das ist alles Schund, was man euch in die Köpfe gestopft hat: die Madamen, die Bücher, die Philosophie und die ganze gelehrte Kram — ich pfeife auf das alles.“

„Was, nur eine Woche sollen sie hier bleiben?“ jammerte die alte, häßliche Mutter mit Tränen in den Augen, „die Armen sollen sich nicht einmal ein bißchen erholen können, nicht das Osterhaus fernem lernen, und ich werde mich nicht einmal richtig satt sehen können an ihnen!“

„Gernug, genug, hör auf zu heulen, Alte! Der Kofak ist nicht dazu da, sich mit Weibern herumzuschlagen. Du müßtest dir wohl am liebsten unter den Rock stecken und auf ihnen herumhüpfen wie auf Hühneriern? Schnell, schnell, geh und deck den Tisch und bring uns, was da ist. Klößen, Pommes, Mohnstrudel und ähnliche Kleinigkeiten kannst du dir schenken! Schaff lieber einen ganzen Hammel heron und eine Biere, und vierstündigen Meth dazu. Und recht viel

schnell von den Beamten ausgearbeitet werden. Mit dem Begriff des „öffentlichen Interesses“ wird zu leichtfertig umgegangen. Mit den kurzen Gefängnisstrafen wird nur Unheil angerichtet und dem Volk die Schen vor dem Gefängnis genommen.

Abg. Cohn (U. Soz.): Wir stimmen der Zentrumsresolution und der sozialdemokratischen Abänderung dazu zu. Das Jugendrecht muß schleunigst reformiert werden. Die Urteile aus Anlaß der Streikbewegung sind derartig drakonisch, daß das Rechtsempfinden gänzlich vernichtet wird.

Der Haushalt des Reichsjustizamtes wird bewilligt.

Die beiden Entschließungen werden angenommen. Es folgt die zweite Beratung des Kolonialamtes.

Abg. Heßler (F. Wp.): Eine große Anzahl deutscher Männer und Frauen, etwa 1500, schmachtet in Ostafrika in der Gefangenschaft.

Abg. Strohmann (Natl.): England führt den Krieg nicht gegen die Wehrmacht, sondern gegen die Menschlichkeit. Unser Kolonialbesitz muß abgerundet werden.

Abg. v. Böllendorff-Albin (Konf.): Wir wünschen dem Staatssekretär Dr. Solf baldige Genesung. Dem General v. Lettow-Vorbeck rufen wir unseren Dank für seine heldenhafte Verteidigung hinüber.

Abg. Arenst (D. Fr.): Der Weltkrieg hat auch in der Kolonialpolitik völlig veränderte Zustände gebracht. Wir fangen von vorne an, aber Deutschland wird es nicht an gründlichen Kolonialpolitikern fehlen.

Abg. Gende (U. S.): Wir machen phantastische Kolonialpolitik nicht mit. Eine Volkssache ist die Kolonialpolitik nicht. Sie hat zum Kriege geführt.

Abg. Koste (Soz.): Ansicht der Sozialdemokratie, hinter der die Masse der deutschen Arbeiterschaft steht, ist es, daß die Feinde unter allen Umständen mit der Wiederherstellung unserer kolonialen Macht zu rechnen haben.

Unterstaatssekretär Dr. Klein: Es sind Abmachungen im Gange, daß die Zivilinternierten nach Deutschland entlassen werden. Unser Kolonialbesitz muß wieder hergestellt werden.

Der Haushalt des Kolonialamtes und der Schutztruppen wird angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Vizepräsident Dr. Baasche schlägt vor, die nächste Sitzung des Hauses am Dienstag, den 4. Juni, 2 Uhr, stattfinden zu lassen. Abg. Lebeur (U. S.) beantragt, die nächste Sitzung morgen stattfinden zu lassen mit der Tagesordnung: Auswärtige Politik, um die Vorkänge in der Ukraine zur Sprache zu bringen. Es bleibt beim Vorschlage des Vizepräsidenten. Schluß 7 Uhr.

Ein sozialdemokratischer Antrag zur Erbschaftsteuer. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses Dr. David, Keil, Meerfeld, Koste und Dr. Siedemum haben einen Antrag zur Erbschaftsteuer eingebracht, der in der Form einer Entschließung den Reichstagsler erreicht, alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen.

Schnaps, aber keinen mit allerlei Unfug, mit allerhand Zudrängen, Kofinen und ähnlichen Geschäften, sondern einen unversehrten, pridelnden, säumenden Schnaps, der einen brennt wie toll.“

Und Bulba führte seine zwei Söhne in die gute Stube, aus der bei ihrem Eintritt zwei hübsche Dienstmädchen mit goldfarbenen Halsbändern herausliefen, die gerade die Zimmer aufräumten. Ansehend waren sie über die Ankunft ihrer jungen Herren, denen man nicht gerade übertriebene Freundlichkeit nachsagte, erschrocken, oder sie wollten nach Weibehart, aufschreien, den fremden Männern entfliehen und sich lange schamhaft mit dem Kermel die Augen verdecken.

Stühle aus Birkenholz standen ringsum an den Wänden, in der Vorderdecke unter den Heiligenbildern ein ungeheurer Tisch, ferner ein breiter Ofen mit Stufen, Vorprüngen und bunten farbigen Kacheln — das alles war umher beiden tapferen Jünglingen wohlbekannt, die alljährlich während der Ferien nach Hause wanderten — wobei sie ihre Hülfe gebrauchen mußten, weil sie noch keine Pferde hatten, und da es zu jener Zeit noch nicht Sitte war, daß Schüler ritten. Sie hatten noch lange flatternde Mähnen, an denen sie jeder waffentragende Kofak pocken durfte. Erst nach ihrer Entlassung aus der Schule hatte ihnen Bulba ein paar junge Hengste aus seiner Schule geschickt.

1. Einbeziehung der Erbschaften der direkten Abstammung und Ehegatten von einer Mindestmenge an unter Freilassung solcher Fälle, in denen der Tod des Erblassers mit der Erfüllung der Wehrpflicht zusammenhängt.

2. Verschärfung der Steuerätze und stufenweise Steigerung derselben nicht nur nach der Höhe der Erbschaft und dem Grad der Verwandtschaft, sondern auch nach der Höhe des Gesamtvermögens und nach der Kinderzahl des Erbenden.

3. Einführung eines abgestuften Pflichtteils des Reiches bei kleiner Kinderzahl oder Kinderlosigkeit des Erblassers.

4. Einführung des Erbvertrages des Reiches, wenn die Erbschaft an entfernte Verwandte oder blutferne Personen fallen würde.

Die neuen Steuern.

Berlin, 13. Mai. (W. B. Nicht amtlich.) Der Hauptausschuß des Reichstages setzte heute die Beratung der Steuerentwürfe bei den Besitztümern fort. Außer dem Vizekanzler v. Bahrer und dem Staatssekretär für das Reichsschatzamt Grafen Noebern wohnten die Finanzminister der Bundesstaaten der Sitzung bei. — Berichterstatter Abg. Müller-Julba (Zentr.) leitete die Erörterungen ein mit dem Hinweis auf das Defizit von 2875 Millionen Mark. Dessen Deckung soll durch Belastung des Verkehrs erfolgen.

Staatssekretär Graf v. Noebern führte aus: Die neuen Steuern würden in diesem Jahre noch nicht viel bringen. Die durch den Krieg veranlaßten Mindereingänge seien bei seiner im Plenum vorgeschlagenen Berechnung über indirekte und direkte Steuern voll berücksichtigt, sowohl auf die letzten drei Jahre, wie für das Jahr 1918.

Finanzminister Hertig betonte sein Einverständnis mit des Staatssekretärs Erklärungen im Plenum über das Verhältnis der Bundesstaaten zum Reich. Den Bundesstaaten dürften die Einnahmequellen zur Erfüllung ihrer kulturellen Aufgabe nicht verstoßen und die finanzielle Ordnung nicht gestört werden. Sie können verlangen, daß nach wie vor die laufenden direkten Steuern, die Einkommens- und Vermögenssteuern als ausnahmsweise und ausbaufähige Steuern ihnen belassen werden.

Ein Antrag Gröber (Zentr.) und Gen. zu dem Gesetzentwurf über die Kriegsteuer verlangt zugunsten des Reiches für das Rechnungsjahr 1918 eine Kriegsabgabe vom Jahreseinkommen natürlicher Personen von mindestens 20 000 Mk. beginnend mit 3 v. H. für die ersten 30 000 Mk. Einkommen, durchgestaffelt bis 20 v. H. als höchste Staffel.

Baden.

Die Besteuerung der Teuerungszulagen.

Wie schon berichtet worden ist, befahte sich der Hauptausschuß der Zweiten Kammer mit den Anträgen und Petitionen auf Steuerfreiheit der Teuerungszulagen. Die Regierung hat sich bekanntlich den Anträgen gegenüber im allgemeinen ablehnend verhalten und nur Erleichterungen für die Kinderzulagen zugesagt. Sie verwies auch, wie unserem Bericht ergänzend nachgetragen sei, auf die Regelung in Preußen, woselbst die Zulagen der Zulagen der Beamten und Arbeiter des Reichs des Staates und der Gemeinden, sowie der Geistlichen usw. von des Staats- und Gemeindefiskus befreit, diejenigen der Privatbeamten und Arbeiter aber steuerpflichtig sind.

r. Bulak, 14. Mai. Am morgigen Donnerstag, 16. Mai, abends 8 Uhr, findet im Kronensaal eine Besprechung über die Reichsabgabe in dieser Gemeinde statt. Männer und Frauen haben Zutritt und es wird um zahlreiches Erscheinen ersucht.

Fahrpreismäßigung für Dienstboten. Auf Veranlassung des Freiburger Nationalen Frauenbundes ist den von ihrer Dienstherrenschaft zu landwirtschaftlichen Arbeiten beurlaubten Dienstboten von der Generaldirektion der Bad. Staatsbahnen die Vergünstigung erteilt worden, für die Hin- und Rückfahrt zu den Orten, wo sie Aushilfe leisten, innerhalb Badens nur den halben Fahrpreis 4. Klasse bezahlen zu müssen. In diesem Zweck haben die beurlaubten Dienstboten eine Bescheinigung des Bürgermeistersamtes desjenigen Ortes, wo sie landwirtschaftliche Aushilfe leisten, sich zu verschaffen und den Ausweis bei Lösung der Fahrkarte vorzuzeigen.

Aus dem Rechnungsergebnis des Bad. Landesvereins vom **Neuen Kreuz** ist zu ersehen, daß seit Kriegsbeginn bis 1. April 1918 die Gesamteinnahmen 4181 981 Mk., die Gesamtausgaben 4 438 738 Mk. betragen, somit Mehrausgaben in Höhe von 256 756 Mk. zu verzeichnen sind. Aus den Einnahmen seien folgende Eingänge herangezogen: Aus freiwilligen Spenden und Sammlungen 2 892 959 Mk., aus der Wollsammlung 86 690 Mk., aus der Metallsammlung 134 751 Mk., aus der Haar- und Filzsammlung 16 000 Mk. und aus der Sammlung für Gefangenenernährung 481 880 Mk. Die Ausgaben verzeichnen u. a. solche für Liebesgaben 2 306 000 Mk., für Gefangenenernährung 292 000 Mk., für Schweizerzulauer 381 000 Mk., für Auslandsdeutsche 50 500 Mk., für Krankenpfleger und Pflegerinnen einschließlich Familienunterstützung und Ausrichtungen etwas über 1 Million und für auswärtige Lazarette, Verband- und Erfrischungsjellen 40 900 Mk.

Sorgen des Hotelgewerbes. Im Bürgerauschussaal des Rathauses in Baden-Baden trat kürzlich unter zahlreicher Beteiligung von Vertretern süddeutscher Handelskammern sowie Hotel- und Fremdenverkehrsvereinen usw. der Ausschuss der Vereinigung süddeutscher Handelskammern für Hotelgewerbe und Fremdenverkehrsbesörderung zu seiner ersten Sitzung zusammen. Es wurden beraten über die Lebensmittelbeschaffung und den Wareneinkauf, wobei insbesondere die Bundesratsverordnung vom 7. März 1918 gegen den Schleißhandel, durch die die Notlage des Hotelgewerbes noch verschärft wurde, im Vordergrund der Verhandlungen stand. Nach einer eingehenden Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, die an die Regierungen der beteiligten Bundesstaaten sowie an das Kriegsernährungsamt abgegeben wird. Weiter wurde die Frage des Fremdenverkehrs im nächsten Sommer besprochen und die begünstigten Wünsche zur Geltung gebracht. Es ist hierbei die Schaffung besonderer Abteilungen bei den Ministerien der Bundesstaaten angestrebt worden, die sich ausschließlich mit Hotel- und Fremdenverkehrsangelegenheiten zu befassen hätten. Ueber diesen Punkt wurde ebenfalls eine Entschließung gefaßt. Bei der Erörterung der Frage der Entschädigung für die Abgabe von Wäsche, Kupfer usw. wurde zum Ausdruck gebracht, daß die bezahlten Preise in keinem Verhältnis zu den Kosten für die Anschaffung des Erzeugnisses stehen. Im Hinblick auf die vielen Detailsfragen, die mit dieser Angelegenheit verknüpft sind, wurde eine besondere Kommission mit der Weiterberatung dieser Frage betraut. Ein weiterer Gegenstand der Tagesordnung bildete die Hypotheken-Angelegenheit. Auch hierfür wurde zur Vorbereitung eine Kommission eingesetzt, da die hiermit verbundenen Fragen zu schwierig sind, um sie in einer großen Versammlung zur Erledigung zu bringen. Das Gleiche trifft für die Steuer-Angelegenheiten zu, die ebenfalls in einem Untersuchungsausschuss beraten werden wird. In der nach der Erledigung der Tagesordnung sich anschließenden Aussprache wurden noch u. a. Fragen bezüglich der Wiederrumwandlung der während des Krieges zu Lazarettzwecken verwandten Hotels zu ihrer ursprünglichen Bestimmung, ferner der Einführung des Bedürfnisnachweises für die Errichtung neuer Hotels sowie der Interessenvertretung in Berlin erörtert.

Ständesfragen der Rechtsanwält. In der in Karlsruhe kürzlich abgehaltenen Jahresversammlung der Bad. Anwaltskammer wurde mitgeteilt, wie die „Straßburger Post“ berichtet, daß die vom Vorstand eingereichte Vorstellung, bei der Demobilisierung der Rechtsanwält durch möglichst baldige Entlassung aus dem Heeresdienst zu berücksichtigen vom Justizministerium beim stellv. Generalkommando des 14. A. K. befürwortet worden ist. Der Kammerverband wird auch dafür eintreten, daß die aus dem Heere entlassenen Rechtsanwält durch Zuweisung von Straf- sachen, Konkursverwaltungen und dergl. berücksichtigt würden, und er richtet an die zurückgelassenen Rechtsanwält das Ersuchen, ihn in dieser Richtung zu unterstützen. Daran knüpfte sich eine ausgiebige Aussprache, bei der auch gewünscht wurde, daß die im Heeresdienst stehenden Rechtsanwält eine angemessenere Berücksichtigung, als dies jetzt der Fall ist, erhalten sollten und es wurde besonders gewünscht, daß in juristischen Stellen in den besetzten Gebieten neben Richtern und Assessoren auch Rechtsan-

wält beschäftigt werden sollten. Dabei konnte mitgeteilt werden, daß in solchen Fällen das Justizministerium es abgelehnt habe, Rechtsanwält vorzuschlagen, weil die Besetzung mit Assessoren gemüßigt wurde, obwohl in anderen Staaten auch Rechtsanwält zur Besetzung solcher juristischen Stellen ausgedehnt würden. Der Vorstand wird deshalb in der Sache weitere Schritte unternehmen.

Entlassene! Reklamierte! Zur Arbeit Beurlaubte!

Vergeßt nicht, eure Mitgliedschaft bei der Partei wieder anzumelden und zu erneuern!

Die schweren politischen Kämpfe um die freizeitliche Umgestaltung von Reich und Staat, sowie um eine bessere Zukunft der deutschen Arbeiterschaft und für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens erfordert die Mitarbeit und Beitragsleistung aller Parteigenossen.

Nur starke und leistungsfähige Organisationen sind zur Vorbereitung und wirksamen Führung unserer Kämpfe in Gegenwart und Zukunft in der Lage.

Darum seid euch des Ernstes unserer Zeit bewußt!

Deutsches Reich.

Buchpredigt an die Junker.

In der „Süddeutschen konservativen Korrespondenz“ benennt Adam Röder, eines der ältesten Mitglieder der konservativen Partei, seine Betrachtungen über „Konservative Zukunftspolitik“. Er kommt abschließend zu einem vernichtenden Urteil über den preußisch-landläufigen Konservatismus, dem er „unchristlichen Gah auf die Masse“ vorwirft. Warum dieser Gah? fragt er, und er antwortet:

„Weil die Welt des rheinisch-westfälischen Großindustriellen in Verbindung mit einem von mir scharf gezeichneten Teil des agrarischen Großkapitalismus dieser „Verachtung der Masse“ als bequeme Staffage ihres „Nebermenschen und ihrer Welteroberung braucht? Sowie wir aus dem Evangelium wissen, waren die Junker des Herrn weder Generalsuperintendenten, Geh. Kommerzienräte und Millionäre, sondern Leute „aus der Masse“.“

Der Konservatismus muß über den Tag und seine Bedürfnisse hinaussehen und darum darf er sich nicht dem Altruismus verschreiben, das ihm in konservativer Masse unassimilierbare Ideen einbläht. Das Bündnis zwischen großkapitalistischem Industrialismus und großkapitalistischem Agrarierum darf der Konservatismus nicht ratifizieren. Und dies Bündnis besteht. Als Herr Mätiger die Größe der Großindustrie auf der Tagung des Bundes der Landwirte übertrug, wurde es besiegelt. Seit dieser Zeit ist die agrarische Presse auf den Großindustriellen und seine Bedürfnisse eingestellt.

Aus diesen Gedankengängen heraus findet Röder auch das Festhalten am Dreiflassenwahlrecht oder an einem Ruralwahlrecht unverständlich. Zwar ist auch er gerade kein Freund des gleichen Rechts, aber: „wenn das überwältigende Gros der Volksgenossen, das eben auch allgemein und gleich mit seinem Leib den Feinden Trug bot, glaubt, an diese gleiche Wahl ein Anrecht zu haben, so soll man das gewähren.“

Adam Röder bekennt sich zum Schluß mit großer Herzenswärme als ein christlich idealistischer Konservativer. In den Kreisen seiner preußischen Parteigenossen sieht man in ihm längst einen unpraktischen Sonderling, der von dem Wesen des Geschäftes keine blasse Ahnung hat.

Wohnungsfrage und Kriegsteuerung. Bei der Bekämpfung der Wohnungsnot spielt die Mitwirkung der Industrie eine erhebliche Rolle. Durch eigene Wohnungsunternehmungen oder durch Beteiligung an gemeinnützigen Boden- und Siedlungsgeellschaften, Baugenossenschaften und ähnlichen Unternehmungen sowie auf anderen Wegen kann die Industrie wesentlich zur Schaffung ausreichender Bewohnungsmöglichkeiten und zur Lösung der ganzen Frage überhaupt beitragen. Ihre Bereitwilligkeit, Aufwendungen für Wohn- und Siedlungszwecke zu machen, würde aber zweifellos wesentlich gefördert werden, wenn derartige Aufwendungen von der Kriegsteuerung frei blieben. Es wäre daher dringend zu wünschen, daß dieser Grundsatz bei der Steuererleichterung Berücksichtigung fände, und daß insbesondere bei dem

dem Reichstage kurzzeit vorliegenden Gesetzentwurf über die Besteuerung der Kriegsgesellschaften für das vierte Kriegsjahr ausdrücklich festgesetzt würde, daß gemeinnützige Aufwendungen für das Wohnungswesen, von dem der Besteuerung unterliegenden Geschäftsgewinn in Abzug gebracht werden können. Der Deutsche Verein für Wohnungsreform hat kürzlich durch eine Eingabe an Reichstag und Reichsjustizamt ein entsprechendes Vorgehen angeregt.

für unsere Soldaten.

Eine Steuerungsulage für die Militärentner!
Auf Grund der Beschlüsse seines Verbandstages in Weimar hat der Reichsbund der Kriegsteilnehmer in den Reichstag erneut die Bitte gerichtet, unabhängig von der notwendigen Neuordnung des Mannschaftsversorgungsgesetzes sofort eine Steuerungsulage zu den Renten rückwirkend ab 1. Januar 1918 zu bewilligen. In der Begründung der Eingabe wird auf die allgemeine Revisionsbedürftigkeit des Mannschaftsversorgungsgesetzes hingewiesen, aber zugleich herorgehoben, daß noch immer nicht mit Sicherheit abgesehen ist, wann diese Neuordnung von den entscheidenden Faktoren durchgeführt werden wird — in Aussicht gestellt ist sie bereits seit drei Jahren.

Zugleich gehäht das Reich noch immer den als vollständig erwerbsunfähig entlassenen Kriegsteilnehmern eine Vollrente von 540 Mk. im Jahre. Das heißt natürlich die Kriegskämpfer schwerster sozialer Not ausliefern. Bei den jetzigen Kosten für Kleidung, Schuhe, Lebensmittel, Heizung und Fahrgelegenheit reicht dieser Betrag natürlich nicht hin und nicht her. Infolge der Steuerung hat sich das Reich gezwungen gesehen, die Familienunterstützung zu verdoppeln und auch die Unfall- und Invalidenrente zu erhöhen. Für die Militärentner sind bisher auf Einzelzulagen auf Grund besonderer Hilfsgehuche angewiesen geblieben. Der Reichsbund bittet den Reichstag und den Reichskanzler dringend, den Wünschen derer, die in schwerer Zeit die größten Opfer für die Allgemeinheit getragen haben, nunmehr endlich entgegenzukommen.

Ein Anknüpfungsbüro für die Selbstgenen.

Wie in den Verhandlungen des Würzburger Parteitag mitgeteilt wurde, hat die sozialdemokratische Partei Deutschlands jetzt ein besonderes Büro für die Angelegenheiten der Kriegsteilnehmer eingerichtet. Dieses Büro gibt Auskunft und bearbeitet das einlaufende Material für die Fraktion. Leiter des Büros ist Genosse Daniel Stüdlen. Man wende sich deshalb nicht erst an die Redaktion unseres Blattes, sondern an dieses Büro. Die Adresse ist:

Herrn Reichstagsabg. Daniel Stüdlen in Berlin Reichstag.

Aus der Partei.

Ein kalter Wasserstrahl nach Düsseldorf und Solingen.

Der journalistische Hans Hudebein, den Gott in seinem Borne auf den Redaktionschemel der „Deutschen Arbeiterstimme“ geworfen hat, brüht sich in einer der letzten Nummern dieses Blattes mit dem Abmahnungswort, die „Stimme“ nach der Desanation der „Düsseldorfer Arbeiterstimme“ (angeblich) in Düsseldorf erhalten habe. Er fügt hinzu, daß würde man von Solingen auch der „Rheinischen Zeitung“ in Köln „unangenehm“ werden. Die „Rheinische Zeitung“ antwortet darüber:

„Sehen wir einmal voraus, an den „Düsseldorfer Arbeiterstimme“ 10 000 Lesern festlie nicht ein einziger; dann ist wohl die Frage erlaubt: Wo sind denn die fehlenden 10 000 Bezüge geblieben denn rund 25 000 Bezüge hatte die „Düsseldorfer Arbeiterstimme“ vor dem Kriege. Entweder war also das „Düsseldorfer Arbeiterstimme“ durch seine bejammernswürdige unglückliche Leistung während des Krieges völlig heruntergekommen, dann war der von ihm vorgenommene operative Eingriff dringend nötig, oder 10 000 Bezüge des Blattes haben sofort auf die gestrige Rechnung aus Solingen bezichtigt. Wir sind gewiß in solingen zwei bis drei Monaten wird die „Deutsche Arbeiterstimme“ ihre Bezugszahl in Düsseldorf ebenso vorzüglich schmecken wie über ihre Bezugszahl in Köln.“

Demnach will sie auch uns „unangenehm“ werden. Will sie? Die verehrte Solinger „Stimme“ wird sich sehr „unangenehm“, indem sie ohne Quellenangabe mehr als 10 000 fremen Blatte abdruckt, als uns lieb ist.“

Kommunalpolitik.

Rastatt, 13. Mai. Der Bürgerausschuss wird am Mittwoch die städtischen Vorschläge für 1918 und 1919 bedingen. Der Gemeinderat stellt hierzu den Antrag, daß in den Jahren 1918 und 1919 die Umlage vom Einkommen statt nach Hunderteilen der normalen Steuerjahre nach Hunderteilen derjenigen Steuerjahre zu erheben ist, welche nach dem Gesetz vom 22. Dezember 1917 die Erhebung von Zuschlägen zur Einkommensteuer zu Grunde gelegt werden.

Offenburg, 12. Mai. Nach dem städtischen Beschlusse schließt die Finanzen so günstig ab, daß die Deckung des bisherigen Umlagefußes von 38 Pfg. möglich ist.
* **Freiburg, 14. Mai.** Der Stadtrat hat beschlossen, den Beamten und Arbeitern in diesem Sommer den vollen Urlaub zu gewähren. — Da die Belegung der medizinischen und chirurgischen Kliniken eine vollständige ist und ausnahmsbedürftige Kranke abgewiesen werden müssen, hat der Stadtrat sich für den größtmöglichen Erweiterungsvorschlag (Aufstufung der beiden Häuser in der Kaiserstraße sowie Auf- und Umbau der Kinderklinik mit einem Kostenaufwand von 300 000 Mk.) ausgesprochen.

Beil i. W., 12. Mai. Der Bürgerausschuss hat den städtischen Vorschlag genehmigt, mit einer Einnahme von 104 740 Mk. und einer Ausgabe von 241 924 Mk. Die Umlagen bleiben auf den bisherigen Höhe: auf die Steuerwerte für Liegenschafts- und Grundbesitz 40 Pfg., auf Kapitalvermögen 16 Pfg. und auf Einkommen 64 Pfg. Die Steuerwerte hängen von 80 Mill. ab.

Theater und Musik.

Georg Kaisers „Koralle.“

Als weiteres Austausch-Gastspiel kommt im Karlsruher Hoftheater am nächsten Freitag durch das Neue Theater in Frankfurt am Main „Die Koralle“ von Georg Kaiser zur Aufführung. Unter den jungen Dramatikern der Gegenwart steht Georg Kaiser wohl an erster Stelle. Von seinen Werken (die sämtlich bei S. Fischer in Berlin erschienen sind) seien genannt: „Jentaur“, „Die Sorina“, die tragische Barleske „König Sahnzei“, die witzige Judith-Parodie „Die jüdische Witwe“ und das heroische Drama „Die Bürger von Calais“. In zwei weiteren Stücken nämlich in der Komödie „Von morgens bis mitternachts“ und in der Komödie „Die Koralle“ gestaltet Georg Kaiser Probleme unserer Zeit die unzerstörtesten Interesse begegnen müssen. Ueber die Komödie „Die Koralle“ möge inhaltlich folgendes angegeben werden:

Ein Milliardär, emporgestiegen aus peinvollster Jugendnot und auf der Flucht vor den bittersten Erlebnissen der Niederung zum Reichtum geworden sieht sich vom eigenen Sohne in Wollen und Ziel verleugnet. Die schmerzhafteste Erfahrung von des Daseins Düsternissen wollte er ihm ersparen, aber den drängt sein Gewissen, sich brüderlich den Gläubigen gleichzusetzen. Der Milliardär hat zum Sekretär einen Doppelgänger von reiflicher Körperlichkeit, so daß auch den Eingeweihten erst durch das Abzeichnen einer Koralle die Identität des Milliardärs verbürgt werden muß. Jetzt löst der Reiche sein Ebenbild verwandelt sich auch Verkaufung der Koralle, die Sinnbild einer bestimmten Lebensbereitschaft und Weltauffassung wird, in den Sekretär und Meidet, sein eigener Möder, in einer fast übermenschlichen gewaltigen Entschlossenheit in die Zornie dieses Selbstmordes auf Jagd-Landwegen.

So rüht Georg Kaisers neues Bärenwöl an die schwe-

sten Konflikte, die aus den Begriffen Macht und Reichtum erwachsen. Das Problem der Sonderstellung Weniger, an Kapital und Autorität Bevorzugter wird nach allen Seiten hin beleuchtet und gründlich in die Tiefe und Breite ausgeschürft. Wieder erwirbt Kaiser dem Theater die große Fülle der Aktion und des abenteuerlichsten Geschehens zugleich mit einem bedeutungsvollen Reichtum an intellektuellem, ethischen Inhalt.

Ueber den Dichter Georg Kaiser werden folgende kurze Angaben interessieren: „Georg Kaiser — von sechs Brüdern der fünfte — wurde in Magdeburg am 25. November 1878 als Sohn des Kaufmanns Friedrich Kaiser geboren. Nach der Schulzeit im Kloster H. L. Frauen — das dürftige und ungeschickt vermittelte Wissen verlorb die Schullust — gingen drei kaufmännische Lehrlänge hin. Drei Jahre in Buenos Aires folgten. Klimatische Erkrankung brachte ihn über Spanien, Italien nach Deutschland zurück. Nochmals Jahre in Magdeburg. Fünfundsanzwanzigjährig das erste Werk — eine Tragikomödie von Krankheit und Verlangen: „Mektor Meist“. 1908 Verheiratung und Ueberfiedelung ins dörfliche Seebem an der Bergstraße.“

Vortrag Hermann Burle. Die Generaldirektion des Groß-Hoftheater, hat Hermann Burle zu einem Vortrag über Emil Götts, dessen „Edelwild“ am 25. aufgeführt wird, eingeladen. Da durch die Vorbereitungen für „Edelwild“ und „Kappelkopf“ der Theaterraum besetzt ist, und die Wandelhalle im 1. Rang für eine solche Veranstaltung zu klein erscheint, findet der Vortrag Dienstag, den 21., abends 8 Uhr im großen Rathhaussaal statt. Den bedeutendsten lebenden Dichter Badens über Emil Götts sprechen zu hören, wird sicherlich allgemeines, hohes Interesse erwecken, insbesondere, da das Groß-Hoftheater Hermann Burles „Simon“ zur Aufführung für die kommende Spielzeit, gleichzeitig mit dem Deutschen Theater in Berlin, erworben hat. Eintrittspreise 2 Mk., 1 Mk. und 50 Pf.

zu Gunste Gemüter in Veranlassung der Stelle im besond Wenn beding seien. Die Besetzung es nicht a die Beschl der in Bet fräfte. W Primalente m, es gebe Arbeiter z werden, d und g e e genommen, in mehr als her über als den die rei Smofungs, langt man weil keine überflüssige gages und diese Abgab eine Belast lastet leid her z e e her die h Gang b des gew stellen! nicht aus d werden g chen Beleid einer solchen meinen Nagen Kau und zugege bei der An weien, daß ren Svottry jeder Kunde breie durch helle wird j wenn sie si nmalen M jeder sich ja Siederlich w sammeltellen Sachen beio naturgemäß Sammlunge

* Das n jenen die Es erziehen schällig.

Auszeichn A. B. Walter

Kapitan S al Gelegen zu hören, den heidenheit i gegenüber die Fregatten des „Wolf“, die Kaiserliche Kor des vollbesetzte besetzten den gwei Stunden Freiheit, ohne Klam und oft leuzer „Wolf“ er seine höd stunde. Das s Torpedob 1800 Tonner von Meerem jeder Aufgab war auf zwö für Gefangene Schiff aus. Z auszuhalten, ei bei Island, d als noch star 1917 an K Kapitab die er die Funerstat: der Minen auf der Stadt Col Besliste Ind schiffhaft alar bei ein und wurde der erst angälndern n Was Schiff tw in Mann Besa und sekte dan der bad verli schrieben und ungerischen Schimmer mehr fü Besetzung 2. Einzig einmal von sich „Wol“ werden bescheu matischen Daz

Aus der Stadt.

*** Karlsruhe, 15. Mai.**

* Die Mittelber-Beschlagnahme

Zu Gunsten der Rüstungs-, Bergbau- und Handarbeiter hat die Gemüter in den letzten Wochen lebhaft beschäftigt und manchem Veranlassung gegeben, seinem Herzen über die Reichsbekleidungsstelle im allgemeinen und die Mittelberverwertungsstellen im besonderen Luft zu machen.

Wenn die Beschlagnahme in den Privathaushaltungen unbedingt notwendig ist, wird sich ihr sicherlich jemand widersetzen. Der Beweis für die Notwendigkeit ist von der Reichsbekleidungsstelle allerdings noch nicht vollbracht, z. B. kann es nicht als überzeugend angesehen werden, wenn man sagt, die Beschlagnahme im Handel erfordere bei der großen Zahl der in Betracht kommenden Geschäfte zuviel Zeit und Arbeitskräfte. Man sollte meinen, daß die Beschlagnahme bei den Privatleuten noch viel mehr Zeit erfordere. Aber nehmen wir an, es gebe gar keinen anderen Weg, die verlogungsbedürftigen Arbeiter zu kleiden. Dann muß doch mindestens gefordert werden, daß die Beschlagnahme möglichst gleichmäßig und gerecht erfolgt. Man könnte es z. B. als gerecht bezeichnen, wenn von der Reichsbekleidungsstelle von jedem, der mehr als eine bestimmte Anzahl Anzüge besitzt, die Abgabe der überschüssigen Kleidungsstücke verlangt würde. Dabei würden die reichen Leute immer noch gut fahren, weil Hochanzüge, Smoking, Fracks nicht abgefordert werden müssen. Nun verlangt man aber nur von denen, die dazu aufgefordert wird — weil keine Stadt- oder Gemeindeverwaltung ihn im Besitze überschüssiger Anzüge glaubt — die Ablieferung eines Anzuges und gibt ihm obendrein noch schriftlich, daß er sich durch diese Abgabe von allen weiteren „Beschlagnahmungen“ befreit hat. Eine Belastung ist aber doch nicht gerecht, wenn alle gleich bestraft werden, sondern nur wenn man alle entsprechende ihrer Leistungsfähigkeit heranzieht, also von dem, der viel hat, auch viel nimmt.

Ganz besonders vorzuziehen ist eine Milderung der Handlungsgewohnheiten der Mittelberverwertungsgesellschaften! Man schaffte die vielen Klagen über die Gebahren nicht aus der Welt, indem man einfach erklärt, alle diese Beschwerden gehörten ins Reich der Fabel, wie das von allzu eifrigen Verteidigern dieser Stellen jetzt vielfach geschieht. In einem solchen Verächtlung der Besse, die doch nur im allgemeinen Interesse, damit für Abhilfe georgt werden könne, den Klagen Raum gibt, liegt gar keine Veranlassung vor, denn wenn auch zugegeben werden kann, daß in der heutigen Zeit manchem Bürger leichter als nötig Glauben geschenkt wird, so stehen doch auf der anderen Seite Unterlagen zur Verfügung, die klar beweisen, daß die alten und oft noch sehr guten Sachen zu wahren Spottpreisen von den Sammelstellen gekauft werden und jeder Kunde weiß es aus Erfahrung, daß die Verkaufspreise durchwegs „kriegszeitgemäß“ sind. Die Reichsbekleidungsstelle wird jedenfalls nur in ihrem eigenen Interesse handeln, wenn sie sich die Ueberwachung der Geschäftsführung der kommunalen Mittelberstellen angelegen sein läßt, denn sonst wird jeder sich sagen, daß er die abgeleiteten Sachen lieber veräußert. Sicherlich wird auch durch die jetzt geübte Praxis der Mittelberverwertungsgesellschaften das heimliche Verkaufen und Kaufen petragener Sachen besonders gefördert, und beeinträchtigt wird dadurch naturgemäß das Ergebnis der mehr oder weniger freiwilligen Sammlungen.

* Das neue grüne Kurbuch für den heute am 15. Mai beginnenden Sommerdienst der bad. Staatsbahnen ist pünktlich erschienen und auf allen Bahnhöfen, in den Buchhandlungen erhältlich.

Auszeichnung. Das Eiserne Kreuz 1. Klasse erhielt Leutnant a. R. Walter Ribb von hier.

Kapitän Kerger in Karlsruhe. Nun hat auch Karlsruhe einmal Gelegenheit gehabt, einen jener Felden zur See zu sehen und zu hören, deren Taten und Leistungen an Kühnheit und Unerkennbarkeit unübertroffen sind, deren abenteuerlichen Fahrten gegenüber die Zerfahren eines Odysseus eine Spazierfahrt waren. Regattenkapitän Kerger, Kommandant des Hilfskreuzers „Wolf“, berichtete am Montagabend im großen Saale des Württembergischen Konzerthauses über seine Fahrt. Draufsender Beifall des vollbesetzten Saales, sich immer wiederholende Kundgebungen begünstigten den Seemann, der dann in schlichtem Vortrag etwa zwei Stunden von seinen Kreuzerfahrten erzählte, in schmüdloser Klarheit, ohne Uebertreibung und doch an vielen Stellen interessant und oft auch mit leichtem Humor durchwürzt. Der Hilfskreuzer „Wolf“ war in Friedenszeiten ein gewöhnlicher Frachtdampfer, seine höchste Geschwindigkeit betrug 10—11 Seemeilen die Stunde. Das Schiff war ausgerüstet mit sieben Schnelldekanonen, vier Torpedolanzrohren, einer großen Menge Munition und 2000 Tonnen Kohlen. Seine Aufgabe war Minenwerfen in fernem Meeren, vor allem im Indischen Ozean. Nach Erledigung dieser Aufgaben sollte Handelskrieg getrieben werden. Proviant war auf zwölf Monate für die Besatzung und auf drei Monate für Gefangene mitgenommen. Am 30. November 1916 lief das Schiff aus. Zu Beginn der Fahrt hatte das Schiff schwere Stürme auszuhalten, es bahnte sich dann seinen Weg durch die Eismassen bei Island. Es fuhr dann durch den Atlantischen Ozean, der damals noch stark von Schiffen belebt war, und gelangte am 16. Januar 1917 an die südafrikanische Küste, wo vor dem Hafen von Kapstadt die ersten Minen geworfen wurden. Bald darauf nahm die Funkstation bereits die ersten Meldungen über die Erfolge der Minen auf. Die Fahrt ging dann weiter nach Ceylon, wo vor der Stadt Colombo Minen gelegt wurden, ebenso dann an der Westküste Indiens. Infolge der erfolgten Unfälle wurde die Schiffsfahrt alarmiert und der „Wolf“ stellte zunächst seine Tätigkeit ein und begab sich auf die Kohlenjagd. Am 27. Februar wurde der erste Dampfer abgefaßt, er stellte sich als ein von den Engländern weggenommenes Schwereschiff des „Wolf“ dar. Das Schiff wurde zu Minenunternehmungen ausgerüstet, erhielt ein Mann Besatzung, die eigene Besatzung bestand aus Chinesen, aber keine dann seine Fahrt auf eigene Rechnung fort, es ging nach Madagaskar. Der „Wolf“ kreuzte dann Monatelang im Indischen und Stillen Ozean, um ein Paar entging es oft den japanischen Streitkräften, auch der Kohlenmangel machte sich immer mehr fühlbar. In den australischen Gewässern leistete das Schwereschiff „Walfisch“ wertvolle Dienste, es brachte sogar selbst einmal einen Dampfer mit wertvoller Ladung auf. Nach dem sich „Wolf“ aus aufgebracht Schiffe hinreichend mit Kohlen versehen hatte, kehrte er im Spätjahr 1917 in den Indischen Ozean zurück, der im Gegensatz zur Ausfahrt nunmehr

von Schiffen fast leer war. Am 17. Februar 1918 lief der „Wolf“ in die deutschen Gewässer ein, am 24. Februar war er in Kiel. Seine Beute waren 14 Schiffe mit einer Gesamtmenge von 38 000 Tonnen. Der größte Schaden wurde aber durch die ausgelegten Minen den Gegnern zugefügt; es sind bestimmt 35 Schiffe mit 210 000 Tonnen den von „Wolf“ gelegten Minen zum Opfer gefallen, in Wirklichkeit waren die gegnerischen Verluste noch höher. — Im Anschluß an diese Schilderung zeigte Kapitänleutnant Kerger noch eine Anzahl Lichtbilder, die einen Einblick in das Leben und Treiben an Bord gewährten, die verfertigten Schiffe und deren Besatzungen zeigten, auch eine Anzahl prächtiger Naturaufnahmen fanden sich darunter. — Auch nach dem Vortrage war der kühne Seefahrer Gegenstand lebhafter Kundgebungen, die auch wohl verdient waren.

* Schwindel mit Tabak-Ertrag. Unser Parteiblatt in Hannover macht auf einen Betrug mit dem sogenannten Tabak-Ertrag aufmerksam. Der Tabakertrag, mit dem die Raucher jetzt vielfach getäuscht werden, hat mit dem Tabak und seinen Eigenschaften nicht das geringste gemein. Es ist oft genug roh zusammengepacktes oder gefegtes trockenes Laub, das zerfeinert und in Pakete mit marktschreierischem schwindelhaftem Aufdruck den Rauchern aufgeschwatzt wird. Von tabakähnlicher Verarbeitung keine Spur. Vieles ist getrocknete Tabakblätter geben noch lange keinen Rauchtabak. Dieser ist erst das Ergebnis eines besonderen Verfahrens. Einem solchen Verfahren mühten auch die Ertragsstoffe erst unterworfen werden, um wenigstens einen einigermaßen erträglichen Tabakertrag zu schaffen. Statt dessen aber einfach zusammengepacktes trockenes Laub den Rauchern als angeblichen Tabakertrag anzuschwatzen, ist eine nichtswürdige Frechheit, die höchstens durch die Unverschämtheit übertrieben wird, für dieses trockene Laub, das teilweise höchstens einige Groschen kostet, 2,25 bis 4 Mk. für das Pfund zu fordern. Daß es sich um unleserliches, zusammengepacktes Laub ohne jede auf Tabakertrag gerichtete Zubereitung handelt, geht daraus hervor, daß sich in den Paketen allerlei Wald- und Strauchholz befindet, wie er mit dem Laub zusammengepackt ist. Für einen Raucher mag es ja schwer sein, auf seinen gewohnten Tabak verzichten zu müssen, aber schließlich ist das nicht der schlimmste Verzicht, zu dem uns der Krieg zwingt, und er läßt sich leichter ertragen, als der vielfach bittere Verzicht auf manche notwendigen Bedarfsartikel, unter deren Mangel wir leiden. Auf keinen Fall braucht man sich gefallen zu lassen, mit trockenem Laub und Dreck zu schamlosen Wucherpreisen betrogen zu werden.

Den Herstellern des Tabak-Ertrages mühte vorgeschrieben werden, den Inhalt auf der Umhüllung näher anzugeben und die verwendeten Substrate nach Namen und Prozenten näher zu bezeichnen. Ob dann die Raucher noch das Zeug so unbedenklich kaufen würden, wie jetzt, ist allerdings zu bezweifeln.

Sport. Man schreibt uns: Der letzte Donnerstag (Christi Himmelfahrt) stand für Karlsruhe ganz im Zeichen des Sportes. Als Veranstalter trat der Kriegsortsausschuß der Karlsruher Reiterportvereine und Umgebung wieder vor die Öffentlichkeit. Diesmal war, neben einem sehr gut gelungenen und unter großer Beteiligung der Vereine, des Militärs und vor allem der Jugend abgehaltenen Waldlauf, das Fußballspiel der Militärmannschaften der Garnisonen Freiburg gegen Karlsruhe von großer Bedeutung. Das wirklich interessante und äußerst schön durchgeführte Spiel endete mit 2 zu 1 Toren für Karlsruhe. Der größte Teil der 2000 Zuschauer bestand aus Feldgrauen, darunter vielen, die erst während ihrer Tätigkeit an der Front Anhänger dieses schönen Sportes wurden.

Augeum-Vischspiele (Vuli), Kaiserstraße 168. Das große Zimmer „Genie und Liebe“, das in dem neuen Programm ab heute gezeigt wird, ist ein Drama aus dem Künstlerleben in 5 Akten. Alvin Neuf, Josef Orta und Karl Luca sind die Träger der Hauptrollen. „Die Aichen-Juno“ ist ein Lustspiel in 2 Akten mit Helene Vogt und Hans Ahrens als Hauptdarsteller.

Letzte Nachrichten.

Ein deutsch-rumänisches Sonderabkommen.

WTB. Berlin, 14. Mai. (Nicht amtlich.) Auf Grund des Art. 24 des Friedensvertrages ist zwischen Deutschland und Rumänien unter dem 7. d. Mts. ein besonderes Abkommen über die künftige Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen, des Eisenbahnverkehrs, des Post- und Telegraphenverkehrs, sowie über eine Werkstatte in Gurgiu beschlossen worden. Die vertragsstiftenden Teile verpflichten sich, weder direkt noch indirekt an Maßnahmen teilzunehmen, die auf Weiterführung der Feindseligkeiten auf wirtschaftlichem oder finanziellem Gebiet abzielen und innerhalb ihres Staatsgebietes solche Maßnahmen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern.

Die Fete in der Ukraine.

Berlin, 15. Mai. Laut „Berl. Lokalan.“ wird aus Kiev gemeldet: Trotz Einführung der Zensur dauert die Presse- und Propaganda gegen die Mittelmächte fort. Die deutsche Politik wolle Sebastopol als deutsche Flottenbasis verwenden. Deutschland requiriere Kohlenvorräte und wolle ukrainische Handelschiffe für seine Zwecke billig mieten. Der Ausgang vom Nowitschen Meer sei durch deutsche Minen gesperrt. Die Regierung trete dieser Gehörarbeit entgegen.

Die Lage im neuen Rußland.

Berlin, 15. Mai. Einer Kopenagener Meldung des „Berl. Lokalan.“ zufolge melden die „Times“ aus Petersburg: Der Zar und eine Zarentochter sind nach Zetateinburg im Ural übergeführt worden. Die Regierung befürchtet, daß unter den Bauern in der Umgebung von Zetateinburg eine Erhebung zu Gunsten des Zaren ausbrechen könnte und soll eine Verdrängung entbedt haben, die die Befreiung der Zarenfamilie zum Ziel hatte. Die Zarin, der Zarentochter und die übrigen Töchter verbleiben vorläufig in Zetateinburg.

WTB. Konstantinopel, 14. Mai. (Nicht amtlich.) Die Agence Mill meldet: Oskafasien hat seine Unabhängigkeit erklärt. Seine Angehörigen in Konstantinopel haben diesen Beschluß der kaiserlichen Regierung bekanntgegeben und den Verbündeten und Neutralen telegraphisch mitgeteilt.

Die Lage in Finnland.

WTB. Stockholm, 14. Mai. (Nicht amtlich.) Das finnische Notizbüro teilt offiziell mit, daß diplomatische Beziehungen zwischen Rußland und Finnland noch nicht bestünden. Von solchen könne solange keine Rede sein, solange die Restura zu noch nicht ausläsichert, russische

Kriegsmannschaften sich noch in finnischen Gewässern befinden, die finnischen Aufrehrer in Petersburg beherbergt würden und dort neue Feindseligkeiten planen könnten, und die Behörden in Ostkarelien feindselige Maßnahmen unterließen.

Stockholm, 13. Mai. (Nicht amtlich.) Privattelegramm. Die „Svenska Dagbladet“ aus Gelsingfors erfährt, wurde am Sonntag die finnische Flagge über Sveaborg gehißt. Präsident Swinhufvud betonte in einer kurzen Ansprache, daß vor 110 Jahren die schwedische Fahne der russischen habe weichen müssen, während jetzt zum erstenmale die finnische Fahne über der finnischen Stadt wehe. Auch teilte Präsident Swinhufvud mit, Sveaborg solle künftig „Suomenlinna“, d. i. Finnlandsburg heißen.

Stockholm, 14. Mai. (Nicht amtlich.) Privattelegramm. Nach einer Meldung der Petersburger Tel.-Agentur aus Moskau vom 10. Mai ist Kamminow, der Sondergeandte des Rates der Volksbeauftragten, der im März auf den Alands-Inseln von den Weissen Gardes verhaftet wurde, vor kurzem jedoch von den deutschen Behörden in Freiheit gesetzt, jedoch von den Weissen Gardes als Geiseln zurückgehalten, bis die russische Regierung die Vertreter der reaktionären finnländischen Regierung, und namentlich Männer der augenblicklichen finnländischen Regierung ausliesere.

Briefkasten der Redaktion.

Sch. 5/14. Bei dem gleichen Wahlrecht hat jeder Wähler eine Stimme; Pluralwahlrecht dagegen heißt Mehrstimmenrecht, d. h. gewisse Wähler haben mehrere Stimmen, die ihnen auf Grund höherer Steuerleistungen, höherer Schulbildung, höheren Alters oder größerer Kinderzahl usw. gewährt werden können.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe (Naturfreunde). Anmeldungen zum Ueberrachten vom 19. auf 20. Mai (Pfingsten) in unserm Unterfunfshaus können, da der Besuch seitens auswärtiger Ortsgruppen ein überaus großer ist, nicht mehr berücksichtigt werden.

Wasserstand des Rheins.

Schutterinsel 1,85 Meter, gest. 1 Zentimeter; Rehl 2,88 Meter; Maxau 4,31 Meter, gest. 2 Zentimeter; Mannheim 3,46 Meter, gest. 8 Zentimeter.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Rabe; für den Inseratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Stadt, Vierordtbad

Kohlensäurebäder und elegante

Wannenbäder.

I., II. und III. Klasse.

Für Herren und Damen

geöffnet Werktag vorm.

7—1 Uhr, nachm. 3—8 1/2

Uhr, Samstags abends

bis 9 1/2 Uhr. Sonntags

geschlossen.

Mittags 1 bis 3 Uhr ge-

schlossen. 2185

Auskunft umsonst, bei

Schwerhörigkeit

Ohrgeräusch nerv. Ohrschmerz über untauseudfach bewährtes Hörtrömmeln. Bequem und unsichtbar zu tragen. Aerztlich empfohlen. Glanz. Anerk. Sanis Versand München 26 b. 2483

Eine Sendung

Rochherde

ist wieder eingetroffen. 8491

Ernst Marx

Luisenstraße 58, Fernruf 3088.

Badischer Landesverein vom Roten Kreuz.

65. Dankagung.

An Spenden für das Rote Kreuz sind aus der Stadt Karlsruhe bei unserer Kassenverwaltung vom 1. bis 30. April 1918 weiter abgeliefert worden von: Dr. Groh, Hof. Prinz Max von Baden und J. Agl. Hof. Prinzessin Max von Baden 1000 Mk., Rechtsanwält und Stadtrat Dr. Ed. Diez (w. G.) 100, Rechtsanwalt Dr. Fr. Fürtz (w. G.) 100, Frau Laura Hummel Wwe. (w. G.) 50, Kriegsgen.-Mat Traumann (w. G.) 100 (davon 50 f. Gefangene), Almenrauch 50, Landesgen.-Mat Dr. Jordan (w. G.) 88,75, Landesgen.-Präsident Dr. A. Krefzer (w. G.) 200, Dr. Hemmerding 50,05, Oberrechn.-Mat Bismann 25, Postamt (s. unten), Posten 13,95, (f. Abnahmestelle), Geh. Rat Dumte (f. April) 100, Frau Dr. Waas (w. G.) 50, Frau E. (w. G.) 10, Kauf. Vordirektor Diez f. 2. Quart. 100, Geh. Rat Müller (w. G.) 50, Firma Mahler Söhne 100, Labakfabrik Wiser 5, Vordirektor Eugenheim 150, Bajantstalt J. Jden (w. G.) 40, Frau A. Billardon 10, Louis L. Stern (monatl. Gabe f. Hausfond) 150, und Anh. der Sammelbüchse 106,27, Bahnhof-Kassier. Schwant 5, Haushofmeister Rogge (w. G.) 5, Militär-Bräuungsf. für Priv. Telegr. a. d. Feldheer 224,85, Zahmeister Ode, Vell.-Amt, 5,50, Geh. Oberregierungsrat Seidner (w. G.) 50, Gehrmann 1, Major Krehmann (w. G.) 100; durch die Rheinische Creditbank von: Hofrat Dr. Troh (f. April) 25, Minister Dr. Düringer (w. G.) 100, Landesgerichtsdirektor Dier (w. G.) 100, L. Brombacher Nachf. (w. G.) 100, Prof. Dr. Ludwig Anspäcker (w. G.) 50, Hofrat Dr. E. Blum (f. April) 100, Notar Dr. Schwarzschild (w. G.) 50, Frau Prof. Fehr 20, Dr. Dambacher 50, Clara Buhl 100, Rechtsanw. Otto Gutmann i. Austr. einiger Kläger 677 (Spende aus gewonnenem Proz. i. S. gegen A. u. Gen. Köhn); durch das Bankhaus Veit L. Homburger von: A. Braun u. Co. (w. G.) 50, Oberbaurat Kaeber (w. G.) 30, Baurat E. Viskhoff (w. G.) 100, Geh. Finanzr. Otto Ellstätter (w. G.) 30, Geh. Rat Fehrer (w. G.) 25, Med.-Rat Dr. Gutmann (w. G.) 50, Dr. Theod. Homburger (w. G.) 25; durch die Bad. Bank von: Frau Jenny Bartning Wwe. 100, Frau Major Clara Dausler 50, Vordirektor W. Hoffmann (f. abgel. nerr. Kleider) 10, Erz. Bisth. Geh. Rat Dr. C. Engler 500; durch das Bankhaus Geinrich Müller von: Senatspräsident Frhr. Wilh. v. Marshall (w. G.) 50, Frh. Anna Weber (w. G.) 10; durch A. G. f. Verlag u. Druckerei „Madenia“ von: E. S. (f. Schwerverletzte) 5; durch die Exp. des „Karlsruher Tagblatt“ von: A. Wolz 5; durch das Großh. Landes-gewerbeam. von: Frau Herzmann 10; durch die Karlsruher Lebensversicherung von: Frau Haberstroh Wwe. 1,50; durch die Ludwig-Wilhelm-Apothete von: S. Roth, Apotheker 25; zusammen 5589,35 Mk.

Für das Vermundetenheim gingen ein von: Frau Kaiser Eulinger 20, Sammelbüchse im Heim 11,66; zusammen 31,66 Mk. Für alle Gaben herzlichsten Dank!

Soolbäder

zur Anregung der Hauttätigkeit von ärztlicher Seite gerne und häufig empfohlen gegen sämtliche Formen der Scrofulosis, wie sie sich durch Hautausschläge, Geschwüre, Knochen-entzündungen, Drüsenanschwellungen und Augenerkrankungen darbieten; ebenfalls gegen Rachitis und Bleichsucht der Kinder. Im

Friedrichsbad



LUXEUM Lichtspiele

Kaiserstraße 168. Telefon 3985.

Mittwoch bis Freitag!

Genie und Liebe

Drama aus dem Künstlerleben in 5 Akten.
In den Hauptrollen:
Alwin Neuss, Resel Orla.

Die Küchen-Juno

Lustspiel in 2 Akten. 3487
Hauptdarsteller:
Helene Voss, Hans Ahrens.

Anfang tägl. 8 Uhr. Letzte Vorstellung 9-11 Uhr.

Vaterländischer Hilfsdienst.

Jeder im Reichsgebiet mohnhafte männliche Deutsche oder Angehörige der österreichisch-ungarischen Monarchie, der das 17. Lebensjahr vollendet, hat sich spätestens zwei Wochen nach diesem Zeitpunkt bei dem Einberufungsausschuss seines Wohn- oder Aufenthaltsorts zur Eintragung in die Nachweisung der Hilfsdienstpflichtigen zu melden.

Zu gleichem Zwecke hat sich jeder männliche Deutsche oder Angehörige der österreichisch-ungarischen Monarchie im Alter von vollendeten 17. bis zum vollendeten 50. Lebensjahre, der nach dem 20. Dezember 1917 seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in das Reichsgebiet verlegt, bei demselben Ausschuss zu melden, sofern er nicht zum aktiven Heere oder zur aktiven Marine gehört.

Die Meldung kann persönlich oder schriftlich erfolgen. Die schriftliche Meldung geschieht durch Abgabe der ordnungsmäßig ausgefüllten, vorgezeichneten Meldefarte an den Einberufungsausschuss des Wohn- oder Aufenthaltsorts oder durch Abgabe der ordnungsmäßig ausgefüllten, vorgezeichneten Meldefarte in offenem an den Einberufungsausschuss adressiertem, unfrankiertem Umschlag bei einer Postanstalt (Postagentur) gegen Aushändigung der ausgefüllten und gestempelten Meldefestätigung. Diese Festätigung ist sorgfältig aufzubewahren.

Die Leiter von öffentlichen oder privaten Anstalten (Straf-, Besserungs-, Heilanstalten usw.) mit Einschluß der geschlossenen Unterrichtsanstalten (Internate) werden auf die Vorschriften des § 5, des § 8 Abs. 4, des § 15 und des § 16 Abs. 2 der Verordnung hingewiesen.

Wer die Meldung schuldhaft unterläßt, kann vom Einberufungsausschuss mit einer Ordnungsstrafe bis 100 M. und, wenn die Geldstrafe nicht bezutreiben ist, mit Haft bis zu drei Tagen bestraft werden. Gegen Festsetzung der Strafe findet Beschwerde an die beim Kriegsamte in Berlin N.N. 7, Friedrichstraße 100, errichtete Zentralstelle statt; die Beschwerde hat aufschiebende Wirkung.

Mit Gefängnisstrafe bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. wird bestraft, wer in der Meldung offensichtlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht.

Karlsruhe, den 16. Februar 1918. 2672

Das Bürgermeisteramt.

Pferdegestellung in Brandfällen.

Alle Pferdebesitzer werden mit Rücksicht auf den derzeitigen großen Pferdemangel aufgefodert, im Falle eines Feueralarms ihre zur Verfügung stehenden Pferde nach dem nächstgelegenen Feuerhaus zu entsenden. Für die Dauer der Hilfeleistung wird die ortsübliche Vergütung gewährt. Außerdem werden für die am schnellsten an den Feuerhäusern eintreffenden Pferde besondere Prämien bezahlt.

Diese betragen für das erste Pferd	Mk. 7.50
Für das erste Paar Pferde	15.—
Für das zweite Pferd	5.—
Für das zweite Paar Pferde	10.—
Für das dritte Pferd	4.—
Für das dritte Paar Pferde	8.—
Für das vierte Pferd	2.50
Für das vierte Paar Pferde	5.—
Für das fünfte, sechste, siebente und achte Pferd je	2.50

Es werden benötigt:

Am Feuerhaus Zirkel 6	5 Paar Pferde
" " Hebelstraße 5	5 " "
" " Leopoldschule	2 " "
" " Nebenbahnschule	2 " "
" " Mühlburgerstraße	3 " "

Karlsruhe, im April 1918. 8192

Der Stadtrat.

Bekanntmachung.

Der zweite Teil des Leichenfeldes 21 des Hauptfriedhofs, von Reihe 49 Grab 13 bis Schluß, auf welchem in der Zeit vom 1. November 1897 bis 30. März 1898 die Leichen erwachsener Personen beigelegt wurden, kommt anfangs Juli d. Js. zur Umgrabung. Alle auf diesem Felde befindlichen Grabdenkmäler, Einfassungen usw. sind sofort durch die Eigentümer zu beiseite zu räumen, widrigenfalls diese Arbeit diesseits angeordnet werden wird.

Wer die Vergräbung eines Grabes auf die Dauer einer weiteren Umgrabungsrfrist erlangen will, wolle dies bis längstens 1. Juli d. Js. auf dem Bestattungsamt, Rathaus 2. Stock, Zimmer 55, Eingang Jähringerstraße, anmelden, woselbst ihm die Bedingungen, unter welchen die Vergräbung gestattet wird, mitgeteilt werden.

Karlsruhe, den 11. April 1918.

Friedhofskommission.

In einem größeren Industrieort mit guter Bahnanbindung, in nächster Nähe von Karlsruhe, ist ein bestergerichtetes, in guter Lage des Ortes liegendes

Bäckereigeschäft

wegen Todesfall sofort zu verkaufen. Preis 30 000 Mark. Angebote unter Nr. 3488 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Daniels Konfektionshaus

Wilhelmstraße 34, 1 Tr.
Volle-Tüll-Blusen
Seiden-Moires-Jacken
Taff-Seiden-Kleider
Volle-Seiden-Röcke
Seiden-Blusen
Volle-Jacken
Seiden-Kleider
Röcke

Kelne Ladenspesen.

Papier.

Wir kaufen jede Menge altes Papier, Zeitungen, Briefschichten, Bücher, Papierabfälle aller Art. Das Papier wird nicht weiter verkauft, sondern direkt der Verarbeitung zu neuem Papier zugeführt. Größere Mengen von 250 kg an werden abgeholt. Kleinere Mengen bitten wir in der Fabrik, Waldstraße 28, anzuliefern.

A. Braun & Co.

Hausfrauenhauf, „Hoblo“

Alleiniger Hersteller: Fritz Hohl, Karlsruhe.

Keine Wanze mehr

für nur mit Kammerjäger Berg's Nicodol I und II zu erzielen. Jetzt beste Zeit zur Brutvernichtung. Erfolg verblühend. Kinderleicht anzuwenden. Ges. gesch. Doppelpack. Mk. 2.—. Ausreichend für 1-3 Zimmer und Betten. Alleinverkauf: Otto Fischer, Karlstr. 74. Bei Einsend. v. Mk. 2.40, a. Postscheckkonto Berlin 31286. Porto f. Zusend. n. ausw. d. Gen.-Vertr. Herm. A. Groessel, Berlin SW11 Königgrätzerstr. 49.

Bilder von Wilhelm Rolt

Original-Photographie in künstlerischer Ausführung. Größe 23/16 cm. Mk. 5.— (nach auswärts Verpackung und Porto 80 Pfg.) Kabinett Mk. 2.50 (Porto 5 Pfg.) Postkartengröße 30 Pfg. (Porto 5 Pfg.)

Wir haben den Alleinvertrieb übernommen und empfehlen diese Bilder als bleibendes Andenken an unsern unvergesslichen Parteigenossen und Führer.

Buchhandlung „Volksfreund“
Luifenstraße 24. — Tel. 128.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt für Karlsruhe:

150 Schlosser

für leichte Munitionsarbeiten.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt eine größere Anzahl kräftiger

Städt. Arbeitsamt
Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe
Jähringerstr. 100.

Männer u. Frauen

für verschiedene Betriebe bei der Stadtverwaltung.

Städt. Arbeitsamt
Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe
Jähringerstraße 100.

Stenotypistinnen

die auch einfache Buchführung verstehen (keine Anfängerinnen), zu sofortigem und späterem Eintritt für hier und auswärts.

Städt. Arbeitsamt
Stellennachweis
für Kaufleute, Techniker und Büroangestellte.
Weibliche Abteilung. — Jähringerstr. 100.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Eheaufgebote. Wilhelm Kubit von Neuenheim, Schneider hier, mit Vertha Nord von Bodenem. Jakob Jester von Stein Eifendreher hier, mit Emilie Vetter von Dudenheim.

Eheschließungen. Georg Veder von Hanau, Viegefedermel in Donaueschingen, mit Ida Keller von hier. August Wiedenborn von Nach. Friedrich Krauter von Camstatt, Metzger alda, mit Elisabeth Lindner von hier. Wilhelm Leifer von Sulzbach, Gärtner in Ettlingen, mit Elsa Ripp von hier. Bernhard Wpl von Niederwasser, Zimmermann hier, mit Maria Förster von Karlsruhe-Weiertheim. Jakob Blösch von Eppingen, Landwirt alda, mit Luise Müller von Sulzfeld. Franz Lasowski von Gersdorf, Sergeant in Metz, mit Verta Müller von Eppingen.

Todesfälle. Gertrud, 3 J. alt, v. Alf. Schausler, Kaufmann. Friedhilde, 20 Tage alt, v. Ernst Söppflin, Verwaltungskontrolleur. Quert, 11 Mon. 16 Tage alt, v. Friedr. Dahrendorf, O. Tel. Alf. Helene Bruchhausen, 65 J. alt, Witwe von Bernhard Bruchhausen, Kaufmann. Josef Berenz, Rechnungsrat, ledig, 65 J. alt. Wilh. Kraad, Kaufmann, Chemann, 48 J. alt. Friedrich Schmidt, Kaufmann, Witwer, 82 J. alt.

Palast-Theater

Karlsruhe Tel. 2502 Herrenstr. 11
Kasseöffnung 1/3 Uhr. Anfang 3 Uhr.

Ab heute!

Herr Stahl-Nachbauer

und
Erika von Wagner

in ihrem grossen Filmwerk

„Der Treubruch“

Ein Lebensbild in 5 Akten. Regie: Karl Gerhardt.

„Stöpsel“

Lustspiel in 2 Akten.

Die neuesten Kriegsberichte von allen Fronten.
Letzte Vorstellung abends von 9-11 Uhr.

Druckarbeiten

alle Art liefert schnell und billig
Buchdruckerei Volksfreund

No
8244
Wir kaufen jede Menge altes Papier, Zeitungen, Briefschichten, Bücher, Papierabfälle aller Art. Das Papier wird nicht weiter verkauft, sondern direkt der Verarbeitung zu neuem Papier zugeführt. Größere Mengen von 250 kg an werden abgeholt. Kleinere Mengen bitten wir in der Fabrik, Waldstraße 28, anzuliefern.
A. Braun & Co.
Hausfrauenhauf, „Hoblo“
Alleiniger Hersteller: Fritz Hohl, Karlsruhe.
Keine Wanze mehr für nur mit Kammerjäger Berg's Nicodol I und II zu erzielen. Jetzt beste Zeit zur Brutvernichtung. Erfolg verblühend. Kinderleicht anzuwenden. Ges. gesch. Doppelpack. Mk. 2.—. Ausreichend für 1-3 Zimmer und Betten. Alleinverkauf: Otto Fischer, Karlstr. 74. Bei Einsend. v. Mk. 2.40, a. Postscheckkonto Berlin 31286. Porto f. Zusend. n. ausw. d. Gen.-Vertr. Herm. A. Groessel, Berlin SW11 Königgrätzerstr. 49.
Bilder von Wilhelm Rolt
Original-Photographie in künstlerischer Ausführung. Größe 23/16 cm. Mk. 5.— (nach auswärts Verpackung und Porto 80 Pfg.) Kabinett Mk. 2.50 (Porto 5 Pfg.) Postkartengröße 30 Pfg. (Porto 5 Pfg.)
Wir haben den Alleinvertrieb übernommen und empfehlen diese Bilder als bleibendes Andenken an unsern unvergesslichen Parteigenossen und Führer.
Buchhandlung „Volksfreund“
Luifenstraße 24. — Tel. 128.
Wir suchen zum sofortigen Eintritt für Karlsruhe:
150 Schlosser für leichte Munitionsarbeiten.
Wir suchen zum sofortigen Eintritt eine größere Anzahl kräftiger
Städt. Arbeitsamt
Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe
Jähringerstr. 100.
Männer u. Frauen für verschiedene Betriebe bei der Stadtverwaltung.
Wir suchen zum sofortigen Eintritt eine größere Anzahl kräftiger
Städt. Arbeitsamt
Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe
Jähringerstraße 100.
Stenotypistinnen die auch einfache Buchführung verstehen (keine Anfängerinnen), zu sofortigem und späterem Eintritt für hier und auswärts.
Städt. Arbeitsamt
Stellennachweis für Kaufleute, Techniker und Büroangestellte. Weibliche Abteilung. — Jähringerstr. 100.
Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.
Eheaufgebote. Wilhelm Kubit von Neuenheim, Schneider hier, mit Vertha Nord von Bodenem. Jakob Jester von Stein Eifendreher hier, mit Emilie Vetter von Dudenheim.
Eheschließungen. Georg Veder von Hanau, Viegefedermel in Donaueschingen, mit Ida Keller von hier. August Wiedenborn von Nach. Friedrich Krauter von Camstatt, Metzger alda, mit Elisabeth Lindner von hier. Wilhelm Leifer von Sulzbach, Gärtner in Ettlingen, mit Elsa Ripp von hier. Bernhard Wpl von Niederwasser, Zimmermann hier, mit Maria Förster von Karlsruhe-Weiertheim. Jakob Blösch von Eppingen, Landwirt alda, mit Luise Müller von Sulzfeld. Franz Lasowski von Gersdorf, Sergeant in Metz, mit Verta Müller von Eppingen.
Todesfälle. Gertrud, 3 J. alt, v. Alf. Schausler, Kaufmann. Friedhilde, 20 Tage alt, v. Ernst Söppflin, Verwaltungskontrolleur. Quert, 11 Mon. 16 Tage alt, v. Friedr. Dahrendorf, O. Tel. Alf. Helene Bruchhausen, 65 J. alt, Witwe von Bernhard Bruchhausen, Kaufmann. Josef Berenz, Rechnungsrat, ledig, 65 J. alt. Wilh. Kraad, Kaufmann, Chemann, 48 J. alt. Friedrich Schmidt, Kaufmann, Witwer, 82 J. alt.